



Wir sind die Gewinner! 2

KEIN MENSCH IST ILLEGAL ...

Deserteurs- und Flüchtlingsberatung..... 4

UNHCR-Preisträger 1998

FESTE EU

Die neue Mauer 6

länger, gefährlicher, teurer

„SPENDABLE“ EU

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU 10

„Entwicklungshilfe“ für den Süden

MEXICO

Ein anderer Weg zur Auslöschung 13

Die Kolumbianisierung des Chiapas-Konflikts

NICARAGUA

Der Staat zerfällt 17

Ein Interview über die Folgen des Hurricans „Mitch“

(K)EINE DISKUSSION?

NATO neutral 22

Zu Christian Helbocks NOTO Channel

RUND UM DEN DRITTEN MANN

Das Märchen vom bezahlten Agenten Lindley ... 24

Eine Stellungnahme von Fritz Molden

Rezensionen 26

DELIVERY & PAYMENT DEPT.

ZOOM-Abo- und Einzelbestellungen 29

Armeeabschaffungswein u.a.

Impressum 3

Wir sind die Gewinner!



~~mehr für jedes Kind~~
~~und jede Frau pro Jahr~~

für jeden!*

*Jetzt mit
Bestpreis-
Garantie !*



© UIE nOt

*Gültig nur kurze Zeit!

Liebe Leserin, lieber Leser!

55.000 Schilling Publizistikförderung habe der Bundeskanzler letztes Jahr für die "nicht gerade putzige Gazette" ZOOM beantragt, rüttelte Josef Nowak, ehemals Chefredakteur der *apa*, am 18. Jänner in einem "quer-geschriebenen" Kom-



REPUBLIK ÖSTERREICH

mentar die LeserInnen der Presse auf. Doch daß „schamlos – in einer Zeit, in der selbst auf Kosten sozial Bedürftiger gespart wird – publizistische Spielwiesen für rotgrüne Extremisten finanziert“ werden, konnte einmal mehr Andreas Khol verhindern. Auf Betreiben des ÖVP-Klubchefs wurden der ZOOM sowie der Zeitschrift *Die Linke* trotz positivem Beiratsbeschluß und trotz positivem Gutachten des Bundeskanzleramts keine Förderung zuerkannt. *TATblatt* und *akin* hatte die ÖVP bereits im Beirat rausgeboxt. Begründung für die Nichtförderung gab die Bundesregierung keine, dafür – same procedure as every year – die ÖVP in einer parlamentarischen Anfrage (siehe <http://vaz.mediaweb.at/pub98wilfing.html>). Bundesrat Karl Wilfing und Kollegen machen sich gar nicht erst die Mühe, der ZOOM grobe Bosheiten nachzuweisen. Es reicht das Gutachten des Salzburger Völkerrechtlers Michael Geistlinger, der "meint, das Bundesheer agiere nicht

neutral", oder auch die "Aufstellung der Anzahl der Personen (...), die nach dem Wehrgesetz verurteilt wurden" (auf Basis der Kriminalstatistik und Auskünften des Justizministeriums), um aus der ZOOM nach Ansicht der ÖVP-

Bundesräte einen Fall für den Staatsanwalt zu machen. Besonders verwerflich: Ein Inserat der *akin* sowie mehrere von sozialdemokratischen bzw. grünen Parteioorganisationen. Der Wahlkampf ist eröffnet, am rotgrünen Schreckgespenst darf gebastelt werden.

Nun aber zur guten Nachricht: Wie bereits im Editorial der vorletzten Nummer berichtet, hat unsere Schwesterorganisation, die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung, den UNHCR-Preis 1998 für ihre Arbeit erhalten. Aus gegebenen Anlaß beschreibt sie in einem Artikel unseren LeserInnen ihren Alltag.

Zwei nicht in der EU-Broschüre veröffentlichte Artikel holen wir hiermit nach: Der erste Artikel kommt von Beat Leuthardt, der sich immer wieder auf die Reise entlang der von der EU finanzierten Grenze zur Abschreckung von Flüchtlingen begibt und von dort Vorgänge berichtet, die in den hiesigen Medien einfach nicht vorkommen. Im zweiten Artikel befaßt sich

Claudia Bonk mit der weiteren „Entwicklung“ der Entwicklungszusammenarbeit der EU.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe ist Mittelamerika gewidmet. Der angesehene Journalist Carlos Fazio beschreibt in seinem Bericht über Chiapas die Paramilitarisierung Mexicos, dem Modell Kolumbien folgend. Hinzu kommt ein Interview mit dem Soziologen Orlando Nuñez, das wir übernehmen durften. Darin werden die verheerenden Folgen des Hurricans „Mitch“ für die Gesellschaft und den Staat in Nicaragua, die längst aus der Wahrnehmung der Weltöffentlichkeit verschwunden sind, dargestellt und die Rolle der NGOs kritisch beleuchtet.

Weiters kritisiert Markus Kemmerling die schweigend geführte Nato- und Neutralitätsdebatte und stellt dazu das NOTO-Projekt von Christian Helbock als paradoxe Intervention vor.

Abschließend geht Fritz Molden in einem ausführlichen Brief an die ZOOM-Redaktion auf den Artikel von Professor Beer, der in ZOOM 5/98 erschienen ist, ein und stellt seine Sicht der Dinge als Zeitzeuge dar.

Wir hoffen, wieder eine informative Zeitschrift für unsere LeserInnen vorgelegt zu haben und verweisen, ohne damit etwas andeuten zu wollen, auf unsere Delivery & Payment-Abteilung.

Mit freundlichen Grüßen
DIE ZOOM-REDAKTION
im Januar 1999



Zeitschrift der
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und
Flüchtlingsbetreuung
(Medieninhaberin,
Herausgeberin)

Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien,
Tel. ++43-1-535 11 06,
Fax: ++43-1-532 74 16,
E-mail: zoom@thing.at
Web: zoom.mediaweb.at

Redaktion: Beatrix Beneder,
Ludwig Csépai, diE nOt, Man-
fred Gmeiner, Elfriede Hufnag-
l, Markus Kemmerling, Mar-
kus Koza, Ilse Kilic, Peter Stey-
rer und Robert Zöchling

AutorInnen dieser Ausgabe:
Marion Kremla, Beat Leuthardt,
Claudia Bonk, Carlos Fazio

Titelgraphik: diE nOt
Layout: Kemmerling Zöchling &
Partner Medien- und Informa-
tionsdienste KEG, Schottengas-
se 3A/1/4/59, 1010 Wien, Tele-
fon 535 11 06, Telefax 532 74 16

Hersteller: resch & vana,
Lichtgasse 10, 1150 Wien

Abo: 250,- ATS/Jahr; Förder-
abo: 700,- ATS/Jahr; Ausland:
350,- ATS/Jahr. Overseas: 450,-
ATS/Jahr bitte für die Empfänger-
in *spesenfrei* überweisen oder
bar zusenden. Bitte *keine Vor-
auszahlungen* – Rechnung ab-
warten.

Mitgliedschaft Arge WDV: 500,-
ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS
(inkl. ZOOM-Abo).

Konto: 10010 670 573
bei BAWAG, BLZ 14000

Die ZOOM ist Mitglied der VAZ
– Vereinigung alternativer Zei-
tungen und Zeitschriften.

Flugblätter etc. werden als
Dokumente aufgenommen und
sind Bestandteil der ZOOM.
Soweit diese Impressi tragen,
haben sie keine Gültigkeit, es
gilt lediglich das Impressum
der ZOOM.

UNHCR-Preisträger 1998:

Deserteurs- und Flüchtlingsberatung

Im Juni reichte die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung eine Darstellung ihrer Arbeit und Empfehlungsschreiben für den UNHCR-Preis ein. So richtig daran geglaubt hat niemand – aber man kann's ja probieren. Nach dem Ausfall von zwei Dritteln der Subventionen, der Einstellung von Aufwandsentschädigungen oder gar Honoraren für die BeraterInnen kam im November ein Anruf, mit dem niemand gerechnet hatte.

VON MARION KREMLA*

Viel besser als Lotto

Zunächst einmal ist zu sagen, daß wir uns ganz einfach freuen. Sehr, sehr freuen. Aus mehreren Gründen. Zum einen ist es uns möglich, die verlorenen Subventionen vom letzten Jahr auszugleichen. Wir haben wieder Geld für die Weiterarbeit. Dies ist der eine Grund.

Zum anderen beeindruckte uns bereits der Ausschreibungstext. Der UNHCR-Preis für Flüchtlingsarbeit wird jährlich vergeben. Dieses Jahr wurde der Preis explizit für die Arbeit mit illegalisierten Schutzbedürftigen ausgeschrieben.

Dies ist bemerkenswert, denn damit wird das Thema „illegaler Aufenthalt“ in einen völlig neuen Kontext gestellt. Damit wird öffentlich anerkannt, was im Kreis der MigrantInnen und in der Flüchtlingsarbeit selbstverständlich ist: daß illegalisierte Menschen in großer Zahl schutzbedürftig sind, in dem Sinn, daß sie den Schutz ihres Heimatlandes verloren haben und keine Alternative dazu finden konnten.

Damit wird ein anderer Kontext als die übliche Kriminalisierung hergestellt. Wir sind insofern nicht nur glücklich über unseren Riesenscheck (siehe Fotos), sondern auch positiv überrascht über den Schritt, das Thema der illegalen Schutzbedürftigen in dieser positiven Weise aufzugreifen.

Apropos überrascht: Es ist neu, für unsere Tätigkeit ausgezeichnet zu werden. Der Status der KlientInnen – und

unsere KlientInnen sind nun eben zum Großteil Illegalisierte – färbt ab auf den Status der BeraterInnen (und auf die Höhe der Subventionen).

Jetzt sind wir Preisträger. Normalerweise sind wir „verfahrenverzögernd“ oder ähnliches. Neu ist also die Wertschätzung unserer Arbeit mit Illegalisierten. Neu ist aber auch, daß wir als Verein mit einem eindeutig antimilitaristischen Namen preiswürdig sind. Ein Name, der Kritik und Ungehorsam, eine Weigerung, dem Befehl zum Töten zu folgen, beinhaltet, ist häufig unbequem – am Telefon, aber auch bei der Vereinsgründung.

An dieser Stelle in paar Worte zu unseren KlientInnen und damit zu unserer Arbeit: Der Name Deserteurs- und Flüchtlingsberatung verwirrt manchmal, nämlich hinsichtlich der Frage, ob mit Deserteursberatung nicht vielleicht auch Zivildienstler, Totalverweigerer oder wer immer gemeint sind. Nein. Gemeint sind nach Österreich geflohenen Wehrdienstverweigerer und deren Familien. Die ersten kamen Ende 1991 und waren Verweigerer des jugoslawisch-kroatischen und später des jugoslawisch-bosnischen Krieges. Sie haben sich heute in Österreich großteils eine neue Existenz aufgebaut, und viele leben nun schon sechs bis sieben Jahre in Österreich.

Es sind weiters Kosovo-Albaner, die – schon ab 1991 – vor der Einberufung zur jugoslawischen Armee geflohen sind. Die Familien dieser

Flüchtlinge fliehen nun vor dem offen ausgebrochenen Konflikt.

Es sind weiters kurdische Verweigerer der irakischen und türkischen Armee. In all diesen Fällen geht es um die Ablehnung, gegen die eigene Volksgruppe gerichtete Gewaltakte zu unterstützen.

Dies ist kein anerkannter Fluchtgrund. Im Zentrum der ablehnenden Bescheide steht, daß die Asylwerber staatliche Gesetze nicht befolgt haben und daß der Heimatstaat ein Recht habe, sie dafür zu bestrafen. Eine solche, „auch schwere“ Strafe sei nicht als Verfolgungshandlung zu werten.

Deserteure sind schon lange nicht mehr die einzige Zielgruppe. Hinzu kommen die Familien und Freunde der ersten Deserteure, die Kriegsflüchtlinge aus dem Krieg in Bosnien und nun im Kosovo.

Leben ohne Papiere...

Die Möglichkeiten, diesen Menschen beim Wiederfinden eines menschenwürdigen Lebens zu helfen, sind leider oft begrenzt. Stichworte: die Hürde der „Drittlandsklausel“, das durch das Schengener Abkommen erzeugte Weiterreichen von Flüchtlingen.

Illegalisiert werden Menschen, die nach Österreich flüchten, schnell. Illegalisiert zu leben, was heißt das? Es heißt vor allem mit dem ständigen Risiko von Verhaftung, Schubhaftnahme, Abschiebung leben zu müssen. Auch diejenigen, die nicht abgeschoben werden können, müssen mit Schubhaftnahme

*Dieser Artikel gibt in veränderter Form die Rede bei der Preisverleihung wider. Marion Kremla ist Mitarbeiterin der Deserteurs- und Flüchtlingsberatung.

rechnen, d.h. mit bis zu sechs Monaten Gefängnis, denn das ist es – ein Gefängnis: ohne Verfahren, mit unzureichenden hygienischen Möglichkeiten, mit Hungerstreik als einzig mögliche Form einer vorzeitigen Entlassung.

Dieses Risiko verhindert, die eigenen Angelegenheiten selbst wahrzunehmen. Bereits der Weg von zu Hause zur Beratungsstelle wird zum Problem aufgrund der häufigen Kontrollen in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Arztbesuch muß umständlich organisiert werden – welcher Arzt behandelt überhaupt ohne Krankenschein? Und wie erklärt man der Schule die Situation des Kindes, kann man überhaupt einen Meldezettel riskieren oder nicht...? Das materielle Überleben ist abhängig vom guten Willen der Freunde und Verwandten, von caritativen Organisationen und von der Fairneß der Schwarzarbeitgeber.

...erfordert Beratung mit viel Papier

Diese Menschen also beraten wir. Das Wort Beratung deutet eine Selbständigkeit der Beratenen an, die leider nicht zu realisieren ist – und das liegt nicht an der persönlichen Unselbständigkeit unserer KlientInnen. Einfach einen Tip geben und dann checken die Beratenen ihr Asylverfahren, ihre Berufung, ihre Ladung bei der Fremdenpolizei alleine – das spielt's nicht. Für viele unserer KlientInnen ist die Beratungsstelle die einzige Möglichkeit, überhaupt zu verstehen, was mit ihnen geschieht, was ihnen droht und welche Chancen sie haben. Es ist die Möglichkeit, Wohlwollen und Unterstützung zu erfahren und jemanden an seiner Seite zu wissen.

Beratung bedeutet in unserem Zusammenhang, unverständliche Bescheide aufzuklären und zu übersetzen, bedeutet Schutz vor falschen Informationen und oft genug auch vor tätlichen Übergriffen, bedeutet mitgehen und für jemanden sprechen, weil Staatsbürger dieses Staates offenbar eher erwarten können, daß man sie beim Sprechen nicht oder weniger unterbricht, daß man sie nicht stundenlang warten läßt und ihnen nicht das Wort im Mund umdreht.

Sich wehren und sich durchsetzen, auf seine Rechte pochen erfordert Kenntnis der eigenen Situation, erfordert ein gewisses Maß an zugestanderener Menschenwürde, auch und vor allem, wenn man sich in einer fremden Sprache erklären muß.

Das Gewicht der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung

Illegalisiert zu leben bedeutet die völlige Rechtlosigkeit, und leicht wird übersehen, daß es Rechte gibt, die unteilbar, unabhängig sind von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsbewilligung. Es gibt Menschenrechte, die in ihrer Gesamtheit das umschreiben, was für österreichische StaatsbürgerInnen normal erscheint: ein menschenwürdiges, normales Leben. Die Gefahr, daß Rechte, deren Garant der Staat ist, schnell zu Staatsbürgerrechten verkommen, das heißt nur auf die jeweiligen Bürger eines Staates und nicht auf alle darin lebenden Menschen angewendet werden, diese Gefahr wurde schon bei der Deklaration der Menschenrechte erkannt.

Ist es überhaupt noch das Ziel, nicht nur der österreichischen, auch der europäischen Gesetzgebung, diese Gefahr zu umgehen, ihr entgegenzu-



Froh über die außergewöhnliche Würdigung – und den außergewöhnlich *großen* Scheck (oben: Irene Messinger, Christoph Riedl; unten: Birgit Einzenberger, Marion Kremla)

wirken, ihr die Wahrung der grundlegenden Bedürfnisse nach Sicherheit, Wohnung, Gesundheitsversorgung entgegenzusetzen? Die Verpflichtung zur Unteilbarkeit der Menschenrechte wird vernachlässigt, sie sind in Österreich teilbar. Teilbar nach Staatsbürgerschaft, nach Aufenthaltsstatus, nach Mutter-

sprache. Sichtbar wird die Vernachlässigung an denjenigen, die illegalisiert leben. Denn ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit wird zu oft von der Polizei höchstpersönlich getreten, ihr Recht auf Schutz der Familie existiert oft nur in der Theorie, gegenüber ihrem Recht auf Schutz vor unmenschlicher Behandlung

Für alle Interessierten: Das nächste Treffen zur Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ findet am 16. Februar um 18 Uhr in der Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien statt.

und vor Folter wiegt be-scheidmäßig stets die öffent-liche Sicherheit und Ordnung in Österreich schwerer.

Illegalisierung ist keine Krankheit. Sie wird von Menschen konstruiert. Das heißt, der Begriff „illegal“ muß zunächst überhaupt ge-schaffen werden, als Gegen-kategorie zu den „Legalen“ – auf diese Idee muß erst ein-mal jemand kommen. Und weiters auf die Idee, Chan-zen und, wie schon gesagt, Menschenrechte anhand die-ser Trennlinie zu verteilen.

Illegalisierung wird von

Menschen definiert. Wir kön-nen diesen Begriff auf ver-schiedene Weise mit Leben erfüllen: Menschen mit krim-inellen Absichten, die zu uns kommen, um uns unseren Wohlstand wegzuzerren, oder aber Menschen, die anderswo keine Chance hatten und für die wir – gerade aufgrund un-seres Wohlstandes – zu sor-gen haben? Was Menschen konstruieren und definieren ist veränderbar. Gesetze, As-soziationen, Bedeutungen – alles dies ist veränderbar.

Wir möchten uns gerne weiterhin daran beteiligen, zur

Veränderung der Situation und des Bildes von Illegal-isierten beizutragen, und wir haben mit diesem Preis wie-derum die Chance dazu.

Mit Februar 1999 starten wir eine Kampagne mit dem Titel „Kein Mensch ist ille-gal“. Ziel ist Information, Aufklärung, Diskussion – wer lebt illegalisiert in Österreich, warum, wie kommt es zur Kriminalisie-rung dieser Menschen etc. Initiativen aus mehreren Bundesländern beteiligen sich, verschiedenste Aktio-nen sind geplant.

Die neue Mauer:

Länger, gefährlicher, teurer

Wie die „Ausrüstungs-hilfe“ der EU-Staaten im Osten und Süden den Boden zur polizei-lichen Abschreckung ebnet.

VON BEAT LEUTHARDT*

* Beat Leuthardt schreibt der-zeit am Teil 2 seines Werks zur „Festung Europa“ (Sachband 1 erschien 1994), der die Aus-wirkungen der Festung Euro-pa auf die Menschen an deren Außenrändern schildert. Die-ser Band „An den Außenrän-dern Europas“ erscheint im Spätsommer 1999 im Zürcher Rotpunktverlag und kann be-reits jetzt beim Autor vorbe-stellt werden (Büro EuroGren-zen, Postfach 40, 6974 Gaißau/Vorarlberg).

Keine Europa-Hilfe für das Fußvolk in der Außen-Festung Ukraine

Die Katastrophe geschah ganz in unserer Nähe. Kaum acht Bahnstunden sind es von Wien bis Uzhgorod, und von Zürich oder Frankfurt am Main aus dauert die Au-tofahrt weniger lange als zu den Feriengebieten der Costa del Sol in Südspanien. Den-noch hatte der Westen Euro-pas die Tragödie kaum be-merkt, damals Mitte Novem-ber. In den West-Zentren wa-ren die Menschen bereits in vorweihnachtlicher Ein-kaufsstimmung, als zur glei-chen Zeit die Menschen in der Ukraine, in Ungarn und Rumänien gegen die Fluten kämpften. Die Tisza, Grenz-fluß zwischen Ost und West, war über die Ufer getreten – und mit ihm viele weitere Flüsse Transkarpatiens. Sym-bolträchtiger konnte die Sze-ne nicht sein.

Einseitiges Interesse am Pufferstaat Ukraine

In der Ukraine, deren West-grenze zu Ungarn und Rumä-nien der Fluß bildet, wird sie bereits die Jahrhundertflut-katastrophe genannt. In den ehemals fruchtbaren Ebenen schwammen jetzt die nicht fundamentierten Häuser, un-ter Erdmoränen waren Stäl-le begraben, Strom und Was-ser fehlten, die Typhusgefahr war latent, und über ein Dut-zend Tote zählten die Offizi-ellen. Doch selbst sonst auf-merksame Medien wie die „Neue Zürcher Zeitung“ schwiegen zunächst und brachten erst später bloße Kurzmeldungen. Daran än-derte sich nicht einmal etwas, als ein eher zufällig zusam-mengewürfeltes Team von Schweizer Transkarpatien-Freunden ihre Beunruhigung anlässlich einer Medienkon-ferenz zum Ausdruck brach-te. Transkarpatien war nicht

einmal zum Zeitpunkt des Elends eine Online-Reportage wert.

So viel Ignoranz gegenüber einer Katastrophe kommt nicht von ungefähr. Der Osten Europas ist Niemandsland. Ukraine, das ist dort, wo die „Illegalen“ herkommen und die „Organisierten Kriminellen“. So zeigten denn auch die Instanzen der Europäischen Union wenig Interesse an staatlicher Hilfestellung für den gebeutelten Staat. Weiterhin sind sie bloß an zwei Dingen interessiert. Zum einen soll Europa vor dem früheren Unglücksreaktor von Tschernobyl geschützt werden. Und zum anderen soll die Ukraine jene Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten abfangen, die ohne die Hilfe des maroden Staates ihren Weg durch die Slowakei und Tschechien oder Ungarn und Österreich Richtung Deutschland nehmen könnten. Für letzteres läßt die Europäische Union einiges springen, während sie bei Tschernobyl noch immer dealt und zur Flutkatastrophe schweigt.

Möglicherweise weiß man in Bonn noch nicht einmal richtig, daß auch ihre eigenen Abschreckungseinrichtungen durch die Fluten in Mitteleuropa gezogen wurden. Denn überflutet wurde auch das erste Abschiebezentrum eines mit der EU nicht affilierten Staates, das nur eine halbe Fahrstunde von den künftigen EU-Partnern Ungarn und Slowakei entfernt im ukrainischen Mukacevo steht. Die militärische Großanlage im Kasernenstil, in der viele Dutzend sogenannte Illegale auf ihre Rückschiebung ins Heimatland warten müssen, gilt als eines der jüngsten deutschen Einflußobjekte. Spezialeinheiten der



ukrainischen Armee, die, ganz vom Westjargon geprägt, von der „Bekämpfung der Organisierten Kriminalität“ sprechen, hindern Menschen aus der halben Welt auf den letzten Metern vor der Grenze am Weiterziehen nach Westeuropa. Das Abschiebezentrum, wo sie sich darauf hin wiederfinden, wird laut offiziellen Angaben von ehemaligen Geheimdienstlern geleitet. Sie befehligen Soldaten „alten Sowjetstils“, die dort zur Betreuung und Bewachung eingesetzt sind.

Überall zeigt der Westen an den östlichen Außenrändern seine Tentakel. Militäreinheiten wetteifern dabei mit Sondereinheiten von Polizei und Grenzpolizei, von Fahndungstrupps und Grenzschutz um die Ausweitung des eigenen Einflusses. Solche Einflußgebiete sind jene, die aus Asylsicht den ersten, zweiten, dritten und bald schon den vierten „Abfanggürtel“ um Deutschland bilden. Die Ukraine, die zum dritten Gürtel gehört, kennt bereits „Ausbildungshilfe“ aus den USA, die der präventiven Verbrechensbekämpfung

in den Städten gewidmet ist. Genaues ist nicht zu erfahren, doch allein der Gedanke an solche Schulung bereitet fortschrittlichen Kriminologen Sorge, die angesichts heutiger repressiver Präventionskonzepte nur einen kleinen Schritt erkennen zwischen „Verbrechensfrüherkennung“ und Kriminalisierung Unschuldiger und Unverdächtiger.

Voll „infiltriert“: Beitrittsstaat Litauen

Das Elend in Litauen zeigt sich bisher nicht in Form von Fluten, sondern im Alltag der Armen und der arm gewordenen Opfer der litauischen Unabhängigkeit im Jahre 1991. Während die beißende Kälte des Winters an immer mehr Wohnungswänden wohlhabender Familien und Einzelpersonen hochkriecht, während immer weniger Leute Arbeit besitzen und auch in Litauen schon die Reichen immer reicher werden, interessiert sich der Westen nicht für strukturbedingte Verarmung und Verelendung. Die Berater, die meist aus Stockholm, Kopenhagen und vereinzelt

auch aus Bonn stammen, setzen sich bloß mit einem ernsthaft auseinander: Wie können die litauischen Grenzbehörden auf die Abwehr von unerwünschten Personen aus Richtung des nahen Weißrußland geschult werden.

Im Einzelnen sieht das so aus: Im schlimmsten Abschiebegefängnis Europas, jenem von Pabrade, vierzig Minuten von der Hauptstadt Vilnius entfernt an der Ostgrenze Litauens, machen dänische Spezialistinnen und Spezialisten in Asylbefragung einheimische Jungbeamte fit, damit diese in künftigen Asylverfahren „den Spreu vom Weizen trennen“ können, wie gesagt wird. Schwedische Kollegen haben unterdessen dem neu geschaffenen Amt für Asylwesen zu Ikea-Möbeln und Büroinfrastruktur verholfen, die sonst überall in litauischen Amtsstuben größte Mangelware sind.

Bedienstete der ehemaligen Grenzmilitäreinheiten und heutigen „zivilen“ Grenzpolizei holen sich derweilen im deutschen Koblenz ständig neueste Instruktionen und lernen den praktischen und theoretischen Umgang bei der Bekämpfung von Flüchtlingen und der so genannten Organisierten Kriminalität. Dies geschieht gemäß den noch von den alten Kolonnen des Bundesnachrichtendienstes und des Bundeskriminalamtes entworfenen „Lagebildern“. Demnach benutzt der Feind zwei Routen, um Drogen, Waffen und Menschen aus Richtung Moskau in Richtung Berlin zu verschieben. Die Arbeit der deutschen Ausbilder ist erfolgreich: Die litauischen Beamtinnen und Beamten führen bereits politische Kampfbegriffe vom Anfang der neunziger Jahre

locker im Munde, etwa „Innere Sicherheit“ oder „Menschenschmuggel“.

Für solche modifizierte Osthilfe setzte der deutsche Staat unter konservativer Führung pro „förderungswürdigem“ Staat mehrheitlich drei Millionen Mark (rund 21 Millionen Schilling) ein. Es ist nicht anzunehmen, daß die neue sozialdemokratisch-grüne Regierung und insbesondere ihr Scharfmacher Otto Schily als Innenminister an jener Praxis etwas zugunsten für die Bevölkerung tatsächlich nützlicher Förderung ändern würde.

Hinzu kommen Beträge, welche beitragswillige Staaten wie Litauen aus dem eigenen spärlichen Haushaltsbudget schöpfen und die direkt zu deutschen Industrieunternehmen fließen. So profitiert das in München-Perlach beheimatete Fusionsunternehmen Siemens-Nixdorf Informationssysteme (SNI) von teuren Erfahrungen des litauischen Innenministeriums im Bereich der polizeilichen Abwehr. Einen 17-Millionen-Mark-Auftrag habe das Unternehmen „gelandet“, heißt es in der Presseerklärung zur geplanten Lieferung eines Grenzterminalsystems für die weitläufige litauisch-weißrussische Grenze. Das System ist laut SNI-Verantwortlichen voll kompatibel mit Teilen des Schengen Informationssystems, das in erster Linie der Abwehr unerwünschter Personen dient und beispielsweise an der deutsch-deutschschweizerischen Hochrheinengrenze zwischen Bodensee und Basel seit 1995 in Betrieb ist.

Auch französische Unternehmen hatten sich zuvor als Anbieter für Grenzüberwachungstechnik versucht. Doch ihr Infrarotsystem war für die Topographie von Litauens

Ostgrenze, wo sich Steppenlandschaften und ausgedehnte Wälder abwechseln, wenig geeignet. Ein Teil der Geräte konnte Frankreich dem leidenden baltischen Staat erfolgreich anhängen und sich gar bezahlen lassen, ehe die Lieferung gestoppt wurde.

Über die Beträge anderer Staaten in bezug auf Ausrüstungshilfen ist wenig bekannt. Dies bedeutet keineswegs, daß Zahl oder Qualität solcher polizeilicher „Entwicklungszusammenarbeit“ rückläufig wären. Eher drückt es etwas aus über die gute Einhaltung der Schweigepflicht in allen Innenministerien. So vernimmt man lediglich, daß Schweden einige alte Militärfahrräder über das Baltische Meer gebracht und Polen, an dessen Ostgrenze Litauen grenzt, neun eher morsche Zollboote überführt hat.

Polen sieht sich als das „Deutschland des Ostens“

Was Deutschland aus Westsicht an europäischer Abwehrhilfe leistet, will Polen aus Ostsicht ergänzen. Der ehemalige Warschauer-Pakt-Staat fühlt sich in West und Ost mit allen befreundet und versucht, seine Trumpfkarten zu spielen, etwa das Verständnis der slawischen Sprache und Mentalität. Daß Polen „das größte Land Mitteleuropas“ ist und „nicht nervös wegen Rußland, im Unterschied zu unseren baltischen Nachbarn“, wie es in Warschau heißt, zeigt sich in der Koordination von Ausbildungsprogrammen für „befreundete“ Polizeitrupps. So waren schon 1995 in Warschau Spezialisten der Innenministerien aus der Ukraine, Weißrußland und Moldawien zu Gast und sogar aus den östlichen Schwarzmeerstaaten Georgien und Aserbaidschan.

Polen begann sie damals den „Umgang mit Asyl und Ausländern“ zu lehren. Wie solcher Umgang aussieht, kennt man bestens vom Beispiel Polen selbst: Humanitäres, menschliches Denken wird sozusagen gesplittet in Kenntnisse eines formalisierten Asylverfahrens für einige wenige Privilegierte und in Know-how über die Abwehr aller übrigen, als unerwünschte und als „illegal“ ausgesonderte Menschen aus dem Millionenheer von Fliehenden. Polen selbst war es so ergangen, als ihm 1993 mit 120 Millionen harten deutschen Mark das menschliche Denken abgekauft wurde, wie Flüchtlingshilfsorganisationen in Warschau bitter vermerken.

In den Worten des damaligen polnischen Beauftragten für Asyl- und Ausländerfragen klingt dies so: „Vor 1993 waren wir noch ähnlich einfach eingerichtet wie unsere Freunde aus den GUS-Staaten“, meinte Krzstof Lewandowski, „doch das Geld aus Deutschland hat uns geholfen. Wir haben uns eingerichtet und stehen heute zu unserer Rolle. Jetzt können wir Vorbilder sein für andere östliche Staaten.“

Der Süden Europas ist bereits fit gemacht

Solche Entwicklungsschritte hat man an der warmen südlichen Außengrenze dieses Schengen-Gebildes bereits hinter sich. Spanien hat Anfang der neunziger Jahre den in Brüssel und Bonn gewünschten Graben zu den einstmaligen befreundeten Nachbarn des Maghreb – Marokko, Algerien, Tunesien – gelegt und ebenso die Kluft zu den „Verwandten“ in Lateinamerika. Besonders augenfällig ist dies auf dem Flughafen von Madrid, wo Verwandte



spanischer Auswanderinnen und Auswanderer unvermittelt „polizeilich gewendet“ wurden und den teuren Rückflug antreten mußten, ohne mit ihren Leuten in Spanien auch nur gesprochen zu haben. Neben der ideologischen Unterstützung auch tatkräftig Hilfe geleistet hat die Europäische Union damals in der Meerenge von Gibraltar, wo Marokko ganze vierzehn Kilometer vom spanischen Tarifa entfernt liegt.

Nach Einführung erschwerter Einreisebedingungen und später des Visumzwangs gelang es Spanien zunehmend, Spanienreisende aus Richtung afrikanischem Festland auf dem Meer abzufangen und ihre vormals legale Reise zu einer Fahrt in die Illegalität umzufunktionieren. EU-mitfinanzierte Zollboote unterstützten Spanien in diesem Abwehrverhalten. Die Reiserouten, die dadurch zu Fluchtrouten umfunktioniert wurden, konnten nun immer weniger an der engsten Stelle geführt werden. Dutzende von Kilometern Umwege führten zu neuen Schiffsbrüchen und Notlagen der für Überfahrten nur ungenügend

ausgerüsteten Flüchtlinge und „Illegalen“. Auf ihr Ergebnis können die EU und Spanien nicht stolz sein: Tausende von Menschen, für die in den neunziger Jahren die rücksichtige Meerenge von Gibraltar zum Grab wurde, Tausende andere, die von Spanien abgefangen und in ein ungewisses Schicksal zurückgeschoben wurden.

Und die Spirale zieht sich immer weiter. Bereits fließen aus Brüssel Gelder, welche die Grenzwächter Marokkos motivieren sollen, ihre Arbeit an der Staatsgrenze zu Spanien pflichtbewußt zu tun. Solche Schmiergelder sind deswegen nötig, weil der diktatorisch regierende König Hassan II. in dem von *amnesty international* als Unrechtsstaat betrachteten Marokko auf hohe Disziplin und tiefe Bezahlung seiner Polizeischergen setzt. Und tatsächlich: Seitdem der Nebenverdienst aus Brüssel eintrifft, werden Ausreisewillige in höherer Zahl als zuvor schon in Marokko gestoppt. Leidtragende sind vorwiegend junge Männer, deren Heimat südlich der Sahara liegt und deren Ortsunkundigkeit sie zu geeigneten Opfern macht. ■

Die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union

Die Europäische Union ist keine Entwicklungsorganisation im eigentlichen Sinne. Die Formen der Unterstützung für ärmere und weniger entwickelte Länder sind immer dann initiiert worden, wenn sich aufgrund von Veränderungen der weltpolitischen Rahmenbedingungen solche Notwendigkeiten ergeben haben. Allerdings sollte man der EU nicht ausschließlich noble Motive für ihre Anstrengungen in Sachen Entwicklungszusammenarbeit unterstellen.

von Claudia Bonk*

Grundsätzlich lassen sich zwei Arten von Entwicklungszusammenarbeit der EU unterscheiden. Erstens die, die durch den sogenannten Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanziert wird, der aus freiwilligen zusätzlichen Beiträgen der europäischen Mitgliedstaaten gespeist wird und den unbestrittenen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit der EU darstellt. Mit ihm wird die sog. Lomé Kooperation durchgeführt, welche in der Generaldirektion VIII verwaltet und geplant wird. Zweitens gibt es die Entwicklungszusammenarbeit, die aus dem normalen Budget der Gemeinschaft finanziert wird. Zu ihr gehört ein ganzes Bündel von Instrumenten und Programmen wie z.B. PHARE, TACIS, die Kooperationen mit Asien, Lateinamerika und den Mittelmeerdrittstaaten. Diese Instrumente verwaltet die Generaldirektion I der Kommission in Brüssel.

Zuerst zu den Lomé Verträgen. Als sich im Jahre 1957 Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Deutschland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschlossen, besaßen die ersten vier Länder noch Kolonien. Besonders Frankreich drängte darauf, diese in den gemeinsamen Markt einzubeziehen. Ansonsten wären wichtige Absatzmärkte und

Rohstofflieferanten durch Außenzölle weniger attraktiv geworden. Gleichzeitig wurde der erste Europäische Entwicklungsfonds (EEF) eingerichtet, mit dessen Hilfe die „Entwicklungskosten“ (vornehmlich Infrastruktur) der Kolonien finanziert werden sollten.

Nachdem im Laufe der Jahre immer mehr Kolonien unabhängig wurden, schlossen die EWG und zwölf ehemalige Kolonien einen fünf Jahre gültigen Kooperationsvertrag in Kameruns Hauptstadt Yaoundé, der Zollvergünstigungen für die Ex-Kolonien erlaubte. Die Aufgaben des zweiten Europäischen Entwicklungsfonds wurden erweitert, indem nun auch technische Hilfe, Beratungs- und Kontrollgremien zur Verwaltung der Konvention finanziert wurden. Gleichzeitig stellte die neugegründete Europäische Investitionsbank (EIB) die ersten Darlehen zur Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung.

Mit der Erweiterung der EWG 1973 ergab sich erneut die Notwendigkeit, den Assoziierungsvertrag zu überdenken. Immerhin hatte Neumitglied Großbritannien durch den Commonwealth enge Beziehungen zu 21 Ländern in Afrika, der Karibik und im Pazifik. Diese und die vorher assoziierten Entwicklungsländer schlossen sich formal zur sog. AKP-Gruppe (benannt

nach der geographischen Lage der Länder in Afrika, der Karibik und dem Pazifik) zusammen und so entstand 1975 das größte Nord-Süd-Kooperationsabkommen der Geschichte, als in Togos Hauptstadt Lomé der erste, fünf Jahre laufende Vertrag von Lomé unterzeichnet wurde. Seitdem wurde alle fünf Jahre zwischen der sich ständig vergrößernden AKP-Gruppe und der EG ein neuer Lomé-Vertrag geschlossen, der jeweils einen neuen EEF zur Finanzierung von Projekt- und Programmhilfen beinhaltete und neue Instrumente vorsah. Für die AKP-Staaten bedeutete die Kooperation mit der EU einerseits präferenziellen Zugang ihrer Rohstoffe (mit einigen Ausnahmen wie Rindfleisch, Textilien etc.) zum EU-Binnenmarkt, andererseits die Unterstützung von Entwicklungsanstrengungen in bestimmten Bereichen wie z.B. Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, ländliche Entwicklung, Investitionen oder Landwirtschaft.

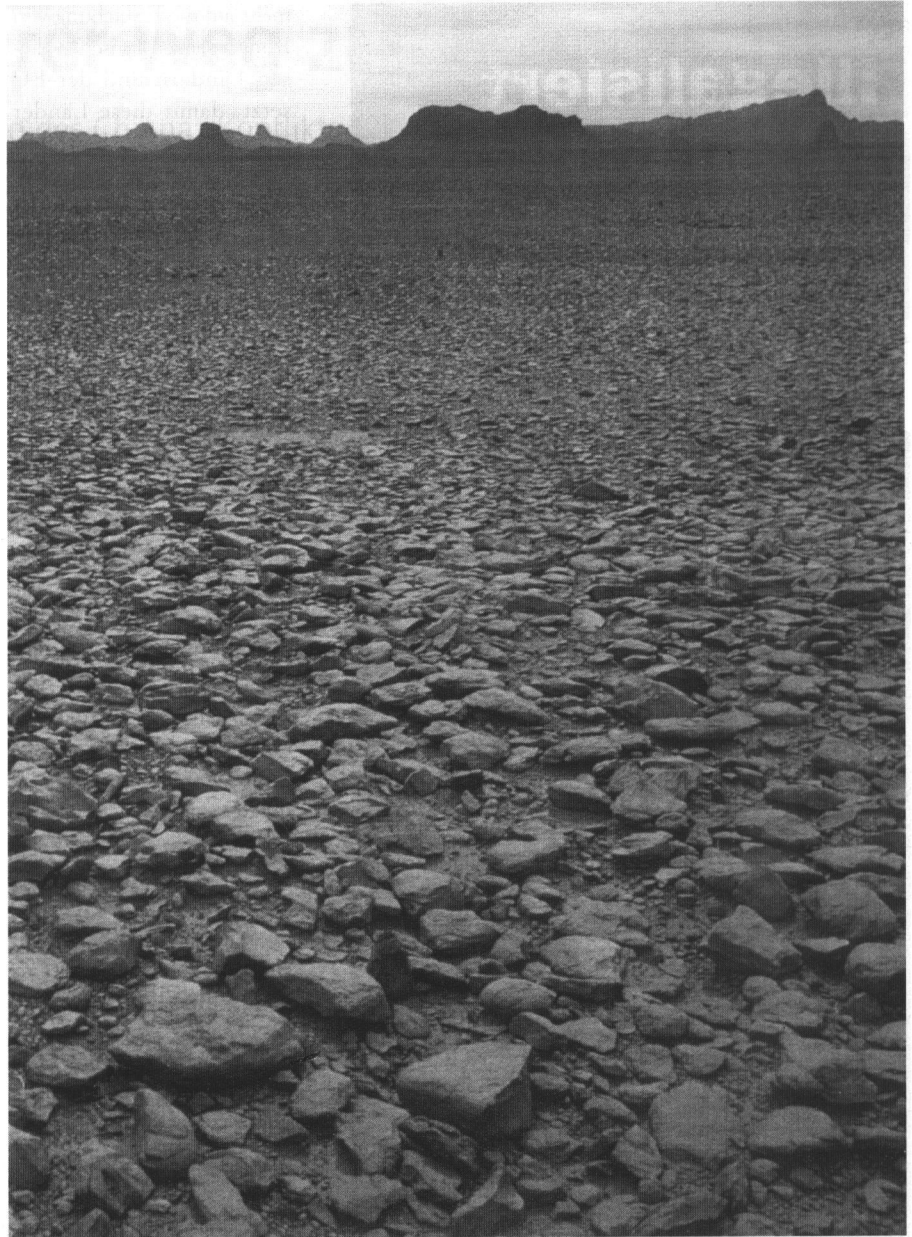
Insgesamt profitierten die AKP-Staaten von der Zusammenarbeit mit der EU nur wenig bis gar nicht. Der Anteil der Importe aus den AKP an den gesamten Importen in die EU hat sich im Laufe der Zeit verringert und auch sonst konnte keines der Länder aufgrund der Zuwendungen aus den EEF der Armut entkommen.

*Claudia Bonk ist Dipl. Volkswirtin und beschäftigt sich mit den Beziehungen Europas zu Afrika, Schwerpunkt Lomé.

Das Jahr 1998 bedeutete einen wichtigen Einschnitt für die EU-AKP-Kooperation. Der vierte Lomé-Vertrag läuft im Jahr 2000 aus, und die am 30. September 1998 unter Österreichs EU-Ratspräsidentschaft begonnenen Neuverhandlungen sind nicht „business as usual“. Denn einerseits bedrohen die WTO-Regeln das Vertragswerk, die langfristig die Liberalisierung des Warenhandels durch allgemeine Zollsenkungen und den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen vorsehen. Andererseits hat die EU-Kommission eine breite Konsultation über die zukünftigen Beziehungen der beiden Gruppen initiiert und will nicht bloß Lomé V verhandeln, sondern einen ganz neuen Typ von Vertrag kreieren.

Die anderen Formen der Entwicklungszusammenarbeit, die von der EU durch das normale Budget finanziert werden, erstrecken sich über alle anderen geographischen Regionen und Entwicklungsstufen der Länder. Sie reichen jedoch selbst zusammen genommen nicht an das Volumen der Lomé-Verträge heran.

So gibt es z.B. eine Zusammenarbeit mit den Ländern in Lateinamerika und Asien, die in den 80er Jahren initiiert wurde, als die Kommission beschloß, auf leistungsstärkere Märkte zu setzen. Hier existieren allerdings ausschließlich bilaterale Verträge mit insgesamt zwölf asiatischen Staaten, in denen es um Energie, ländliche Entwicklung, Prävention von Drogenmißbrauch etc. geht. In Lateinamerika bestehen mit allen Ländern außer Kuba Kooperationsabkommen, in denen man



sich auf demokratische Prinzipien verständigt hat und weitestgehend Projekte und Nahrungsmittelhilfe finanziert. Die bereitgestellten Mittel nehmen sich im Vergleich zur Lomé-Kooperation sehr gering aus. Darüber hinaus mußten einige Länder sogenannte freiwillige Selbstbeschränkungen im Textilbereich akzeptieren, und das, obwohl diese Länder für den EU-Außenhandel nur eine minimale Rolle spielen (ca. 5% der Exporte der EU gehen nach Lateinamerika).

Für die Länder Mittel- und Osteuropas stellt die EU seit 1990 finanzielle Unterstützung im Rahmen des sogenannten PHARE-Programms zur Verfügung, um den Ländern beim Übergangsprozeß in eine marktorientierte Wirtschaft zu helfen. Es wurden speziell Infrastruktur-, Privatsektor-, Wiederaufbau-, Forschungs-, Finanz- und Verwaltungsprojekte und Programme durchgeführt. 1993 wurde der Focus des PHARE-Programms verändert, der nun

Wüste Beziehungen der EU

Illegalisiert leben heißt



nicht krank werden dürfen

**Kein Mensch ist illegal.
Gesetze illegalisieren Menschen.**

**Wer illegalisiert lebt,
ist nicht krankenversichert.
Einzelne engagierte ÄrztInnen und
TherapeutInnen können eine fehlende
Gesundheitsversorgung nicht ersetzen.
Für einen Großteil der illegalisierten
Menschen bedeutet eine notwendige
ärztliche Behandlung das Risiko von
Denunziation und Abschiebung.**

**kein
mensch
ist
illegal**

Eine Aktion der



Deserteurs- und Flüchtlingsberatung



und der Grün Alternativen Jugend

Informationen unter Telefon 533 72 71

mehr auf die Erreichung von Konvergenzen zwischen diesen Ländern und der EU setzt, damit diese Länder später der EU beitreten können (sog. Europe Agreements). Seit 1997 liegt die Priorität auf dem Aufbau von Kapazitäten im Institutionenbereich, damit die Länder ihre Gesetze harmonisieren und die EU-Industrie- und Infrastrukturstandards erreichen.

Das Programm TACIS begann 1991 mit den ehemaligen Sowjetrepubliken und stellt die zentrale Achse der EU-Hilfsprogramme für die neuen, unabhängigen Staaten und die Mongolei dar. Ziel ist auch hier die Unterstützung der ökonomischen und sozialen Reformanstrengungen. Es werden vierjährige Indikativprogramme mit den einzelnen Ländern formuliert und abgeschlossen, die eine umfassende Analyse der prioritären Sektoren erlauben, und schließlich Integrationsversuche unternommen, damit die Kooperation auf Bereiche der Politik, Wirtschaft und des Handels ausgedehnt werden können.

Besondere Hilfe können diese und alle anderen Länder im Falle von Katastrophen, Flüchtlingsdramen, für Wiederaufbau und zur Katastrophenvorbeugung im Rahmen des 1992 ins Leben gerufenen ECHO (European Community Humanitarian Office) erhalten. Die Unterstützung durch ECHO hat aufgrund der vielen Krisenfälle in Afrika und dem ehemaligen Jugoslawien in den letzten Jahren stark zugenommen. Zielsetzung dieses Programms ist die Wiederaufnahme der Produktion, der lokalen Institutionen, Wiederherstellung von

Infrastrukturen, soziale Wiedereingliederung von Flüchtlingen und demobilisierten Soldaten.

Nahrungsmittelhilfe stellt einen weiteren Eckpfeiler der EU-Entwicklungszusammenarbeit dar, den alle Kooperationsländer in Anspruch nehmen können. Allerdings ist dieses Instrument außer in wirklichen Katastrophenfällen (dann von ECHO verwaltet) sehr umstritten, denn Nahrungsmittelhilfe bietet der EU eine Möglichkeit, Lebensmittelüberschüsse "loszuwerden". Damit werden lokale Versorgungsstrukturen in den Entwicklungsländern zerstört und notwendige Reformen im Bereich Bodenreform und Landwirtschaft aufgeschoben. Außerdem zwingt man den Menschen unsere Ernährungsgewohnheiten auf. Die EU ist sich dieser Nachteile bewußt und hat bereits Reformen eingeleitet, damit die Eigenversorgung in den Ländern gefördert und Abhängigkeiten von der Nahrungsmittelhilfe abgebaut werden.

Gegenüber den Mittelmeerdrilländern (allen nicht EU-Mitgliedern dieser Region) verfolgt die EU seit 1991 die sogenannte New Mediterranean Policy. Diese soll zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität der Region als ganzes beitragen, indem Unterstützung für Wirtschaftsreformen, Handelsvereinbarungen und Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsakteuren bereitgestellt wird. Die finanziellen Mittel wurden bisher größtenteils für Umweltschutz, Investitionsförderung, Kleinstprojekte, kulturelle Entwicklung und demographische Themen verwendet.

Ein anderer Weg zur Auslöschung

Die Kolumbianisierung des Chiapas-Konflikts

Seit dem 9. Februar 1995, als Regierungstruppen weit über die zapatistischen Bastionen im Gebiet von Las Cañadas und im Lacandonen-Urwald vorrückten, „um den Subkommandanten Marcos gefangenzunehmen“, hat das Militär unter der Beratung des nordamerikanischen Pentagon den Krieg vollständig unter Kontrolle gebracht.

Die Streitkräfte erhielten sich mit dieser Vorgangsweise von dem schweren Fehler des Militärgeheimdienstes, der im Mai 1993 und schon davor seine Strategen dazu brachte, die Gruppe, die in Chiapas im Untergrund bereits aktiv war, als einen kleinen bewaffneten Herd anzusehen, den man auf einem beschränkten Gebiet ausfindig gemacht hatte und den man deshalb auch innerhalb kürzester Zeit auslöschen könnte.

Genaugenommen handelt es sich nach den zwölf Kampftagen im Jänner 1994 um einen doppelten Weg: den der militärischen Einschließung und Verfolgung einerseits und den des Dialogs andererseits besiegelt durch die Abwesenheit von Schüssen, eine situationsbedingte bewaffnete Feuerpause, zu der sich die Regierung gezwungen sah, weil das Militär nicht darauf vorbereitet war, einen Krieg zu führen, wie die Zapatisten ihn vorgesehen hatten: mit Massen armer Indigenas, in Hunderten von kleinen Gemeinden versammelt und in einem weit-

läufigen Gebiet verstreut; nicht nur in vier Ortschaften, wie das die offiziellen Verlautbarungen wiederholt betonten.

Seit der Offensive im Februar 1995 richtete das Militär seine Stellungen in dem Gebiet neu ein und begann mit dem ABC der Aufstandsbekämpfung: aus dem Aquarium das Wasser lassen, das heißt, die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) zu isolieren von ihren Basen der zivilen Unterstützung.

Dazu bediente man sich der psychologischen Kriegsführung – oder der Militarisierung des ideologischen Kampfes –, der Sammlung von Geheimdienstinformationen, der zivilen Arbeit – eine militärische Vorgangsweise zur öffentlichen Wohlfahrt, besser bekannt als das klassische „Zahnziehen“ – und der so bezeichneten Kontrolle von Siedlungen, die im Fall von Chiapas unter Kriegsvertriebenen und internen Flüchtlingen stattfand, unter denjenigen, deren traumatische Erfahrung von Verwundbarkeit und Terror mit dem Zweck ausgenutzt wurde, sie zu neutralisieren oder zusammenzuschließen, um sie dann in einen internen Gegenpart zu verwandeln, der die Stärke der zapatistischen Bedrohung „ausgleichen sollte“.

Diese Art des außerordentlichen, nicht konventionellen Krieges, die vorher von den USA in Vietnam

und von den Kaibiles in Guatemala angewandt worden war, ändert den Charakter des Konflikts, der sich in die Länge zieht und zermürbend wirkt. Der Schwerpunkt ist nicht mehr das Schlachtfeld an sich, sondern die politisch-soziale Arena. In dieser Phase war es deshalb ein „Krieg der Kommunikation und des Internets“ wie sich der ehemalige Kanzler und jetzige Finanzminister José Ángel Gurría zu propagandistischen Zwecken ausdrückte, als die Regierung versuchte, nach außen hin das Bild zu verkaufen, sie sei an einem „gerechten und würdigen Frieden“ mit den Aufständischen interessiert.

Wenn es sich auch nur um eine halbe Wahrheit handelte, so bestand für das Militär die Priorität darin, Zeit zu gewinnen, um auf das Verhalten der Zivilbevölkerung und des zapatistischen Feindes mit dem Vorhaben Einfluß zu nehmen, ihre „Verwundbarkeit“ auszunutzen: ihre Angst, Not und Enttäuschungen. Das Ziel bestand darin, in dem Gebiet eine aktive Unterstützung verschiedener Teile der Bevölkerung unter zapatistischem Einfluß zu erhalten (die entschlossene Beteiligung von Viehzüchtern, Kaffeepflanzern, der Kirchen etc.) und das geeignete Klima zu schaffen, paramilitärische Gruppen mit indianischen Rekruten entstehen zu lassen, wie „Justicia y Paz“, „Los Chinchulines“, „Máscara Roja“ und ein

Entgegen dem, was die offizielle Propaganda verkündet, führt die militärische Belagerung zum Zwecke der Aufstandsbekämpfung durch die Regierung von Ernesto Zedillo im Bundesstaat Chiapas zu einer militärischen Lösung des Konflikts, der den mexikanischen Staat bereits seit mehr als vier Jahren mit der zapatistischen Guerilla konfrontiert.

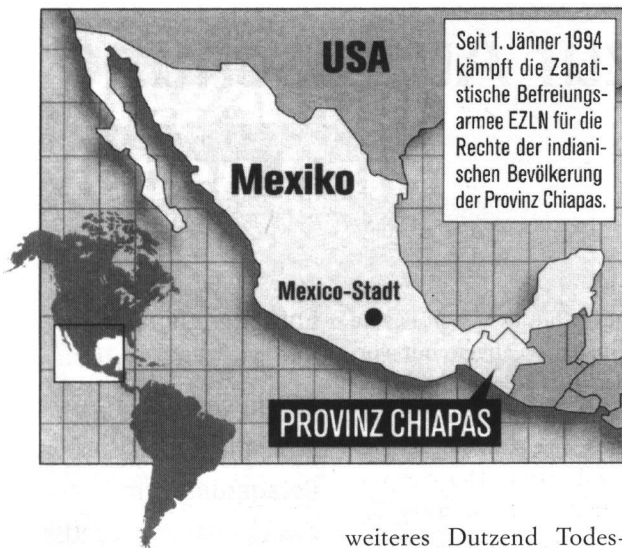
VON CARLOS FAZIO*

*Carlos Fazio, geb. in Montevideo, lebt als Journalist und Schriftsteller in Mexiko-Stadt und gilt als einer der angesehensten Kommentatoren politisch-strategischer Angelegenheiten Lateinamerikas.

Jüngste Veröffentlichungen:

- Samuel Ruiz, el caminante (1994)
- El tercer vínculo. Desde la teoría del caos a la teoría de la militarización (1996)

Der Beitrag erschien in „Le Monde Diplomatique“ 12/98, mexikanische Ausgabe, und wurde übersetzt von Georg Oswald.



weiteres Dutzend Todeschwadronen, deren Auftauchen haargenau der Logik der Aufstandsbekämpfung entspricht.

Parallel dazu leitete die Regierung Geldmittel in Millionenhöhe um, damit die „offizielle Wahrheit“ aufgebaut wird, indem man in den Medien mit beträchtlicher manichäischer Anstrengung Daten fälschte und verzerrte (Freund-Feind, schwarz-weiß, Ausländer-Indio), die im vergangenen Februar mit einer Fernsehinszenierung im Zapatistendorf La Realidad zu ihrem Höhepunkt gelangte, bei dem die Fernsehsprecherin Lolita de la Vega von TV Azteca und der Hubschrauber der Landesregierung von Roberto Albores die Hauptrolle spielten.

Die xenophobe und chauvinistische Kampagne gegen die Menschenrechtsbeobachter, gegen die Presse und ausländische Intellektuelle sind andere Variablen der auf dem repressiven Weg aufgezwungenen „Wahrheit Zedillos“, wie es gerade jetzt mit den Militäreinsätzen gegen die autonomen Gemeinden der zivilen zapatistischen Basen (Taniperlas, Aguatinta) unter dem Vorwand geschieht, daß die lokalen Behörden versuchen, „den

Rechtsstaat in Chiapas wiederherzustellen“.

Aus der Perspektive der Aufstandsbekämpfung muß man die Diözese von San Cristóbal und ihre Bischöfe Samuel Ruiz und Raúl Vera als „Staatsfeinde“ festmachen, die vom Innen- und vom Verteidigungsministerium wiederholtermaßen beschuldigt worden sind, „Mitglieder“ der EZLN zu sein; im Fall einer Wiederaufnahme der Verfolgung werden sie dadurch zu militärischen Zielen mit einer permanenten Variable: Sühneopfer zu sein, wenn die Notwendigkeit des Krieges dazu führt, sich eines destabilisierenden Attentats zu bedienen, wie das kürzlich in Guatemala mit der Ermordung von Monsignore Juan Gerardi geschehen ist.

Wie eine geölte und mächtige, autonome Kraft tauchte in diesem Zusammenhang das Militär auf, das die politischen Angelegenheiten den militärischen unterordnet und die offiziellen Standpunkte und Zeitpunkte im Chiapaskonflikt vorgibt.

Derzeit, seit dem Modell schneller Verhandlungen und minimaler Konzessionen – gegenüber dem zapatistischen Bedürfnis nach langen Verhandlungen, die in den Ursachen des Konflikts wurzeln –, bereiten die Befehlshaber der Aufstandsbekämpfung einen neuen Plan vor, den Präsident Zedillo anführt. Einige Kommentatoren schreiben das fälschlicherweise dem „Ideologen“ Adolfo Orive zu, einem ehemaligen prochinesischen Linken, der sein Büro im Innenministerium aufgeschlagen hat. Der Plan besteht darin, der EZLN ein neues „Angebot“ zu unterbreiten: Man erkennt sie als bewaffnete Gruppe von 300 Mann

an, aber man ist lediglich dazu bereit, mit ihnen in ihrer Funktion als „reale militärische Kraft“ zu verhandeln. Ein Projekt, das die indigene Bewegung auseinanderzutreiben sucht und die Verhandlungen zum alten bürokratischen Modell zurückführt, das der von Carlos Salinas beauftragte Manuel Camacho während der Dialoge der Kathedrale (1994) angewandt hat. Man behandelt die EZLN als fordernde, bewaffnete und maskierte Bewegung, aber man erkennt ihren Status als kriegsführende Partei nicht an. Was ihre Forderungen betrifft, so bleiben sie am Rand der Tagesordnung und werden von der Regierung von Fall zu Fall „gelöst“.

Der Start zur letzten Phase der Strategie war am 22. Dezember 1997 das Massaker von Acteal, als paramilitärische, der Regierungspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional) zugehörige Gruppen unter Deckung und mit Ausbildung des Militärs 45 Tzotzil-Indianer rücklings niedermetzten, während diese in einer Wallfahrtskapelle kniend beteten.

Der kriminelle Schlag gegen eine Gemeinde von Kriegsflüchtlings der Gruppe „Las Abejas“ (es waren keine zapatistischen Basen, sondern christliche, demokratische, gegen die Großgrundbesitzer gerichtete Anhänger eines Verhandlungswegs) war eine unverkennbare Kriegshandlung, begangen, um in der Bevölkerung Schrecken zu verbreiten. Ein zweites Ziel bestand darin, dem Militär in den Gebieten unter zapatistischem Einfluß eine Neupositionierung zu verschaffen. Das Oberkommando

hat die Region innerhalb von drei Tagen mit Kampfeinheiten überschwemmt und um die autonomen Gemeinden und in einigen Gebieten „Vernichtungsringe“ eingerichtet, in denen der Geheimdienst die Mehrzahl der Guerillaelite vermutete (La Realidad, im Lacandonen-Urwald; im Gebiet Las Cañadas, Ocosingo, Altamirano und Marqués de Comillas). Der Ring hat sich geschlossen.

Mitten in der Propaganda folgt der neu entfachte offizielle Diskurs einem Muster, der darauf hinausläuft, den Status und die Handlungsträger des Konflikts zu ändern. Acteal war das Produkt eines „alten“ Konfliktes „innerhalb der Gemeinden“ mit „religiösem“ Anschein, urteilte innerhalb von zwei Tagen Justizminister Jorge Madrazo.

Scheinbar hörten die Regierung und das Militär in diesem Szenarium auf, Teil des Konflikts zu sein. Sie präsentierte sich als Vermittler in einem „Krieg“, der sich innerhalb verschiedener irregulär bewaffneter Gruppen abspielte. „Die EZLN ist die größte paramilitärische Gruppe in Chiapas“, sagte Zedillo in Venezuela, indem er das Gesetz vergaß, dem er 1995 zugestimmt hatte, wo er sie als „überwiegend indianische Gruppe, die ihr Mißfallen erklärt hat“, bezeichnet hat.

Die Paramilitarisierung des Krieges, schon früh im Jahr 1996 angekündigt, wurde von General Mario Renán Castillo aufgebaut, dem ehemaligen Kommandanten der VII. Militärzone in Chiapas, der im Fort Bragg, USA, einen akademischen Titel in psychologischer Kriegsführung erhielt. Zusammen

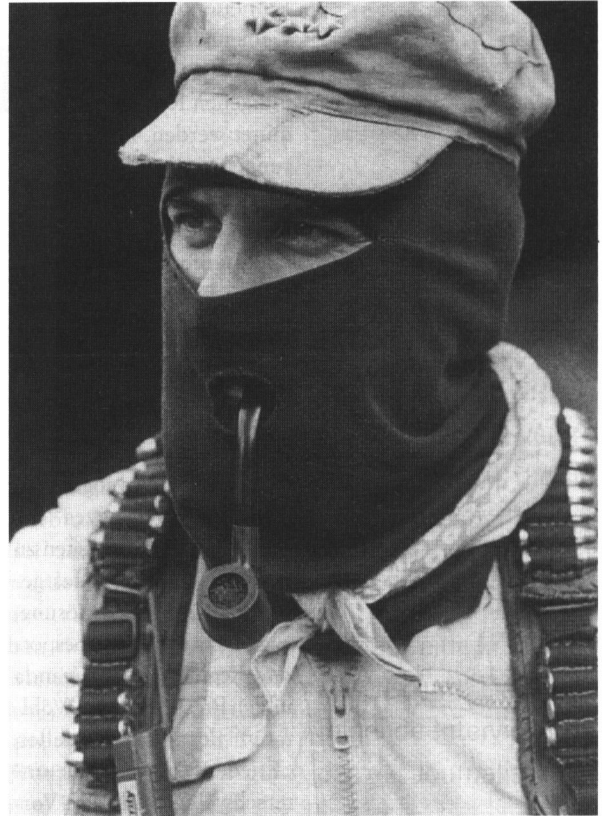
mit der Fuerza de Tarea Arcoiris (einer Lufteinsatz-Elitetruppe, den nordamerikanischen Green Barrets vergleichbar) führte Castillo den Plan Chiapas 94 des Verteidigungsministeriums durch, der empfahl, „Selbstverteidigungsgruppen“ zu bilden, das heißt, indigene paramilitärische Kräfte, die damit betraut sind, das Gebiet vom „Schrecken und Einfluß“ der Zapatisten zu säubern.

Die gegenwärtige Terrorpolitik der Regierung nimmt sich vor, die Kräfte im Kampf „auszugleichen“ und ein revolutionäres Phänomen mit tiefen sozialen Wurzeln in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Das hat einen zusätzlichen Vorteil: Man schafft einen mexikanischen „Gegenpart“, damit dieser gegen die EZLN kämpft, und er dient dem Militär als ideales Alibi, das so die politischen Kosten, den „schmutzigen Krieg“ direkt anzuführen, nicht selbst tragen muß.

Den Rest macht die Propaganda: Das Militär, das bis zum Massaker in Acteal als Teil des Konflikts und als Kraft der Unterdrückung und Eindämmung auftrat, hat sich in eine „neutrale“ und sogar „versöhnende“ und „schiedsrichterliche“ Kraft verwandelt, was die Streitkräfte auf einem glitschigen Abhang positioniert: Sie verstehen sich als „Retter des Vaterlands“, ein Syndrom, das bei manchen Streitkräften in der Region noch immer vorhanden ist.

Vier mögliche Lösungen

Die gegenwärtige Offensive der Regierung in Chiapas, die sich einseitig auf Gewalt, politische Maßnahmen und auf einen intensiven Einsatz



Subcomandante Marcos

von Propaganda stützt, erlaubt die Vorraussage von vier möglichen Szenarien:

1. Der sogenannte „30-Stunden-Ausweg“. Er deutet auf einen Plan zur Auslöschung der Kommandantur der EZLN innerhalb dieses Zeitraums hin. Die chirurgische Vorgangsweise nach dem Modell „Entebbe“, die einer Gruppe von „harten“ Generälen zugeschrieben wird, die dem Kabinett der Seguridad Nacional angehören, würde auf der Grundlage funktionieren, daß die EZLN „den ersten Schuß abgebe“.

Die Truppenverlegungen folgten nach Acteal der Taktik, bis in die Berge in die Rückzugsgebiete der Guerilla vorzustoßen, und die Soldaten traten mit den Milizangehörigen und den zapatistischen Elitetruppen in „Blickkontakt“, während spezielle Lufteinsatzkommandos (die neuen GAFE-

Einheiten des Militärs) die Gebiete durchkämmten, wo die Verstecke des geheimen indigenen Kommandos vermutet werden. Die Vorkehrungen sind getroffen, und die Generäle in Chiapas warten nur auf den Einsatzbefehl; in diesem Fall wäre es nicht schwer, eine Provokation vorzubereiten und der EZLN den „ersten Schuß“ zuzuschreiben.

2. Die einseitige Verfügung, den Konflikt durch die Annahme des sogenannten „Zedillo-Gesetzes“ für indigene Angelegenheiten zu beenden. Scheinbar festgefahren, würde diese Lösung, angereichert mit Werbespots und Regierungspropaganda in der Presse, auf die Wohltaten des präsidentiellen „Friedens“ und auf die unterschwellige, gelenkte Vorgangsweise Nachdruck legen, daß sich „die EZLN

nicht an den Verhandlungstisch setzen will“. Diese Lösung würde mit einem Millionenprogramm daherkommen, um mit den „Gründen“ (wirtschaftlichen, sozialen und politischen) aufzuräumen, die zum indigenen Aufstand geführt haben, und eine Amnestie aller paramilitärischen Gruppen beinhalten.

Da man sich ausrechnet, daß die EZLN nicht akzeptieren würde, als paramilitärische Kraft zu gelten, träge die Amnestie nur die bewaffneten Banden der PRI. Gleichzeitig würden die Zapatisten durch die automatische Aufhebung des „Gesetzes zur Eintracht und Befriedung“ neuerlich als „Delinquente“ gelten, denen gegenüber sich die Regierung rechtlich verpflichtet sähe, sie zu verfolgen oder ihnen gewaltsam gegenüberzutreten,

womit die Regierung die militärische Lösung neuerlich legitimiert sehen würde.

3. Die Option der „Relativierung und Verlängerung der Sackgasse“. Das bedeutet, daß die Sachen so bleiben, wie sie sind, undefiniert, aber mit einer militärischen und politischen Wechselbeziehung, die die Regierungsseite mit der Kontrolle über Chiapas beläßt.

Das ist eine Stufe, auf der die Regierung an der Spaltung der indigenen Bewegung weiterarbeiten würde, indem sie sich staatlicher Mittel bedient, um die Führer der sozialen und politischen Organisationen und unabhängige Gewerkschafter miteinzuschließen, während sie die günstige Gelegenheit der Wahlen ausnutzt (in diesem Jahr finden in Chiapas Lokalwahlen statt), um die Widersprüche zwischen den Zapatisten und der PRD (Partido Democrático Revolucionario) zu vergrößern.

4. Ein „Prozeß der Kolumbianisierung“ in Chiapas. Das heißt, es zwingt sich die Logik der unkontrollierten paramilitärischen Gewalt auf, die alle politischen Räume zunichte macht – ein „Szenarium des Chaos“, das den Gruppen an der Macht zugute kommt, die hinter dem aufsehenerregenden Mord an Luis Donaldo Colosio stehen, die vor dem entscheidenden Wahlkampf im Jahr 2000 aus der „Wahl der Angst“ abermals Kapital schlagen könnten, durch die bereits Ernesto Zedillo an die Macht gelangt ist. Ein Szenarium, das mit den ersten beiden zusammen auf lange Sicht eine größere direkte Verflechtung des Pentagon ermöglichen würde, wie es in Kolumbien bereits der Fall ist.

Während Sie diesen Text lesen, sitzen durchschnittlich 50 Jugendliche in Österreichs Schubhaftgefängnissen. Viele Kinderflüchtlinge in Österreich leben buchstäblich auf der Straße, niemand fühlt sich für sie verantwortlich. Jugendliche Flüchtlinge haben kaum die Möglichkeit zur Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. 1997 wurden nur drei Prozent der Asylanträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen positiv abgeschlossen.

Forderungen:

- Keine Schubhaftverhängung bei minderjährigen Flüchtlingen
- Unterbringung und Betreuung durch die Jugendwohlfahrtsträger
- Einrichten von Clearingstellen
- Faire Asylverfahren unter Berücksichtigung kinderspezifischer Fluchtgründe
- Zugang zu Deutschkursen, Ausbildung und Arbeit

Eine Aktion der Kampagnengruppe „Menschenrechte für Kinderflüchtlinge“. Rücksendungen und Anfragen an die asylkoordination österreich Schottengasse 3a/59, 1010 Wien
Telefon +1/53 212 91 Telefax +1/53 377 52
Spendenkonto 00660276007
bei Bank Austria (BLZ 20151)



Kampagnengruppe „Menschenrechte für Kinderflüchtlinge“

Menschenrechte
für
Kinderflüchtlinge

Ich unterstütze die Forderungen der Kampagne „Menschenrechte für Kinderflüchtlinge“

Name:

Adresse:

Unterschrift:

☐ Ich möchte weitere Kampagnunterlagen zugeschiedt bekommen

Mitch gab den letzten Anstoß:

Der Staat zerfällt

*William Grisby Vado:
Du sagst, daß diese Katastrophe apokalyptisch war, was sind deine Gründe?*

Orlando Nuñez: Zum einen, weil sie eine nationale Bedeutung hat; weil die Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktion, die die Produktion der Nahrungsmittel und der Devisen des Landes darstellt, eine strategische, und in einigen Fällen eine nicht mehr rückgängig zu machende ist. Zum anderen, weil ihre Auswirkungen noch nicht vorbei sind, sondern bestehen bleiben, als ob sie ein lebender Organismus wären, als ob der Hurrikan im Land geblieben wäre, wie wenn er eine Pest wäre, der seine zerstörerischen Auswirkungen weiter ausbreitet.

Darum behaupte ich, daß wir vor der nächsten Station dieses Kreuzweges stehen, die in Krankheiten und Plagen bestehen wird, weil die Leute keine unmittelbaren Alternativen haben. Die möglichen Auswege werden durch eine internationale Wirtschaftsordnung und von der Regierung versperrt, die nicht die nötige Sensibilität, das nötige Bewußtsein und den Mut hatte, die Ökonomie von Grund auf zu ändern, ebenso wie die soziale, ökonomische und politische Einstellung in Nicaragua.

So hat in der Realität diese Katastrophe, ihr Weiterbestand und ihre Fortsetzung, nicht nur strukturelle Konsequenzen, indem sie die Fundamente der nationalen

Ökonomie betrifft, sondern auch historische, weil sie etwas mit der Lebensfähigkeit der Nation zu tun hat. Von der gefährdeten Lebensfähigkeit der Nation zu sprechen, heißt, ein apokalyptisches Phänomen aufzeigen, weil diese Nation sich tatsächlich zerstört. Der Staat zerstört sich, die Bevölkerung flieht aus Nicaragua, das Projekt Staat-Nation geht zu Ende, und wir sehen im Moment keine möglichen Alternativen. Und das schlimmste ist, daß man keinen Willen, weder der Regierung noch der Opposition, erkennen kann, das Problem zu lösen. Wenn wir daher über das Aussterben der Nation diskutieren, über die Zerstörung des Nationalstaates, können wir mit vollem Grund von einer apokalyptischen Situation sprechen.

Du behauptest, daß der Hurrikan Tausende Hektar Land zerstörte, Grenzen auslöschte und Zäune zerstörte.

Ich sagte, daß die Rechnung, die wir überschlagsmäßig anstellten, zeigt, daß leicht vierzigtausend Hektar der landwirtschaftlichen Flächen verloren sind, das heißt, daß die Wasserströme schon aufzutrocknen beginnen, nachdem sie die fruchtbare Schicht weggerissen und diese Flächen in Gräben verwandelt haben. (Die Wasserströme sind keine Flüsse, weil ein Fluß ist ein Strom, der bleibt. Diese Wasserströme werden, nachdem sie abge-

zogen sind, nicht mehr gespeist). Wir haben Berichte von Kooperativen mit sieben Hektar, denen nur ein Hektar brauchbare Fläche geblieben ist.

Zum Beispiel eine Versuchsfläche von CIPRES in Pueblo Nuevo, Estelí, auf der sechs Hektar bebaut wurden, hat jetzt nur mehr zwei, der Rest ist unbrauchbar, ein Graben; und wenn wir das auf die Wasserabzugsgräben der Flüsse umlegen, dann ist es klar, daß fast 50.000 Hektar verloren gingen, Land der Bauern, die vorher aus den Ebenen vertrieben wurden und deshalb an der Grenze zu den Gräben und Flüssen lebten.

Man muß bedenken, daß es außerdem einen Vorschlag der Oligarchie gab, diese Länder wiederzugewinnen, aber jetzt ist ihnen die Natur zuvorgekommen und hat den Bauern die Flächen geraubt. Es gibt viele Leute, die glauben, daß jetzt die Gelegenheit sei zu säen. Aber wer soll säen, wenn die Landwirte in die Städte emigrieren, weil sie am Land strukturell keine ökonomische Lebensfähigkeit haben?

Es ist äußerst schwierig, daß der Bauer es schafft, an den Orten, von denen er von der Natur vertrieben wurde, mit den Erträgen, die zu erzielen sind, und ohne Dünger zu überleben.

Es ist eine apokalyptische Armut, weil schon die Verhältnisse gegeben sind, damit diese Menschen, die Bauern, verschwinden, wie

Die durch den Hurrikan Mitch hervorgerufenen Überschwemmungen hätten nicht die Katastrophe verursachen müssen, die sie erzeugten, aber laut dem Soziologen Orlando Nuñez fiel der Regen auf eine kranke Gesellschaft. Dazu das folgende Interview, das der Journalist

WILLIAM GRISBY VADO

in seinem Programm „Sin Fronteras“ im Sender „La Primerísima“ führte. Wir übernehmen eine Zusammenfassung.*

*Die Übersetzung besorgte Manfred Gmeiner



es auch tatsächlich geschieht. Der Bauer geht nach Costa Rica, in die Stadt oder er stirbt. Diese Leute kommen jetzt in die Stadt mit dem Tod im Rücken, mit Durchfall, Pilzerkrankungen, Atemwegserkrankungen, Denguefieber und Cholera.

Der bäuerliche Verdienst, der diese Familien ernährte, ist praktisch schon gestorben, weil wenn die Enten, die Schweine, die Rinder und die Hühner sterben, beginnen auch die Leute zu sterben, da diese ja deren Ersparnisse sind, deren Überlebenskapital. Und wenn dieses Überlebenskapital total dezimiert wird, wie es in Somozillo, Villanueva oder El Jicote geschah, um einige Fälle zu erwähnen, heißt das, daß auch die Überlebensmöglichkeit für die Zukunft dezimiert wird.

Der Hurrikan verschlang das Überlebenskapital. Wir können daher sagen, daß es in den nächsten acht Monaten, bis Juli, keine lebensfähige Landwirtschaft geben wird. Aber inzwischen, wer gibt ihnen inzwischen zu essen, wenn sie schon ihre Nahrung, ihre Länder, ihre Haustiere, ihre Werkzeuge,

ihr Arbeitskapital, ihr erspartes Kapital und sogar ihre Familien, die im Fall der Bauern Gratisarbeitskräfte, Kapital und außerdem Hoffnung bedeuten, verloren haben.

Wir haben Gemeinden besucht, denen wir Düngepflanzen anboten, das einzige, was sie wegen der Feuchtigkeit in diesem Monat produzieren könnten, und die einzig geeigneten für diese Zone im Westen, die am stärksten getroffene. Zum ersten Mal in unserer Erfahrung am Land, als CIPRES, fragen uns die Bauern, wozu? Und wie soll ich anbauen, wenn ich meine Verwandten verloren habe, meine Brüder, meine Eltern?

Viele Bauern, die den Verlust ihrer Familien, von materiellen Gütern, der Arbeit oder von Kapital erlitten, sind traumatisiert und haben uns gesagt, daß sie nicht an ihre Herkunftsorte zurückkehren wollen. Eine Frau aus El Jicote, die vier Tage und vier Nächte in einer Baumkrone verbrachte, sagte uns, sie ziehe es vor, in die Hölle zu kommen, als an diesen Platz zurückzukehren. Das erste Mal zeigen die Leute offen ihre Hoffnungslosigkeit.

Wir wissen aus Erfahrung, daß die Hilfe auch in den schlimmsten Katastrophen nicht länger andauern als einen Monat, und schon verschwindet Zentralamerika nach dem Hurrikan wieder aus den Nachrichten, und die ausländischen Journalisten ziehen wieder ab, die aus USA, Frankreich, Deutschland geschickten Fernsteams gehen. Schon nach einem Monat wird es keine Nachrichten mehr über das Geschehene geben, und wenn einer nicht mehr in den Nachrichten ist, existiert er nicht.

Ich rechne, daß – sogar wenn wir 100 Millionen US-\$ in Lebensmittelhilfe erhielten, aber wir werden sie nicht erhalten, weil mit Kosten erreichen wir 40 Millionen – mit dieser Million Flüchtlinge, die wir haben, und mit den Quoten, die sie an Lebensmittel, Kleidung und Medizin austeilten, wir kaum bis Dezember durchkommen könnten, aber was dann? Die Situation ist so dramatisch, daß wir uns auf eine Situation des Hungers, der Verstädterung ohne Arbeit und ohne Industrie vorbereiten müssen.

Hinzu kommt, daß das Gesundheitssystem nicht darauf vorbereitet ist, diese hilflose Bevölkerung, die in die Städte kommt, zu betreuen. Der Staat als solcher existiert nicht mehr in Nicaragua, es existiert nur eine Regierung, die ein Knecht internationaler Organisationen und transnationaler Firmen ist, aber der Staat, verstanden als Verpflichtung der von einer Gesellschaft gewählten Autoritäten, soziale Dienste zu leisten, existiert nicht mehr, weder für Gesundheit, Bildung, Transport, weniger noch um Lebens-

mittel zu beschaffen oder um Notsituationen wie die aktuelle zu meistern.

Eine Anekdote erzählt, daß in der Nähe von Tipitapa eine Schule unter der Erde begraben wurde, aber die Leute organisierten sich nicht, um sie auszugraben, weil sie sagten: „Wer wird uns die Ausrüstung und das Werkzeug leihen, wenn die Straßenbauorganisation (früher staatlich) privat ist?“ Und tatsächlich, da man den Bereich der staatlichen Bauwirtschaft privatisiert hat, kann man sich nicht mehr an den Staat wenden, alles ist privatisiert. Der Bürger kann sterben und niemand kümmert sich um ihn, es gibt keine Verpflichtung.

In Nicaragua existiert der soziale Pakt nicht mehr. Hier herrscht das „Rette sich wer kann“, der Krieg aller gegen alle. Es ist eine ähnliche Situation wie vor 400 Jahren, als der Staat entstand.

Deine Vision ist zutiefst pessimistisch. Gibt es einen Ausweg?

Ich frage dich lieber: Gab es einen Ausweg für die Million Nicaraguaner, die innerhalb der letzten Jahre emigrierten? Nein, es gab keinen Ausweg. Gibt es einen Ausweg für diese Million Verdammte durch die internationale Hilfe? Es gibt keinen Ausweg. Gibt es einen Ausweg für die Holzschlägerei, die Entwaldung, die landwirtschaftlichen Brände, die Migration zu den landwirtschaftlichen Grenzen, die schon an die Flüsse, ans Meer, an die Abhänge und an die Berge stößt?

Es gibt auch keinen Ausweg für einen Bauern, der keinen Kredit bekommt, weil die Nationalbank zusperrte und er in den Händen der Wucherer bleibt. Außerdem,



erinnern wir uns, der Hurrikan zerstörte nicht nur die Ernte, sondern 40 % des produktiven Apparats, oder sagen wir der Landwirtschaft, die die materielle und humane produktive Kraft der nicaraguanischen Gesellschaft ist.

Das erste Mal werden die Leute merken, daß es hier die Bauern sind, die den Reichtum produzieren; nahezu 70 % der Lebensmittel und der Devisen werden durch die Landwirtschaft hervorgebracht, die von der Regierung und von den Ökonomen abgewertet werden, weil diese glauben, daß der private Sektor nur durch die großen Produzenten gebildet wird.

Aber gibt es auch einen Ausweg für einen großen Produzenten, der keine Rentabilität erzielt, der pro Hektar 100 US-\$ investiert und 40 US-\$ herausbekommt, wie etwa bei der Gruppe „Pellas“ (ein mächtiges privates Konsortium), den neuen ökonomischen Gruppen und den Besitzern anderer Zuckerrohrfabriken? Sie ver-

kaufen uns den Zucker um 250 Córdobas (25 US-\$) pro Quintal, wo doch am Weltmarkt der reale Preis bei 80 und bis zu 60 Córdobas liegt. Für diese Produzenten gibt es keinen Ausweg, es sei denn, die Regierung oder das Volk unterstützt sie.

Aber kann das nicaraguanische Volk weiterhin diese Zuckerfabriken unterstützen, die bis zu drei Mal so teuer produzieren als der internationale Markt? Es gibt keinen Ausweg für diese Produktionsbetriebe, nicht einmal für die großen Produzenten.

Und was bleibt uns?

Uns umzubringen?

Staaten gehen nicht in Konkurs wie Firmen, aber die Menschen sterben, und das ist es, was gerade passiert. Die Leute sterben. Die Kindersterblichkeit in Nicaragua ist sehr hoch, und jede Katastrophe wie diese hinterläßt große Wunden an menschlichem Leben und materielle Verluste. In einem beliebigen Land muß ein Regen von 800 Millimeter während 15 Tagen keine Katastrophe

hervorrufen, und deswegen behaupte ich, diese Katastrophe ist in Wirklichkeit halb natürlich und halb sozial. Halb strukturell und halb historisch. Sie reißt uns mit, weil sie zutiefst verwachsen ist in die sozialen Strukturen in Nicaragua.

Ich denke, daß die Gesellschaften immer durch Solidarität überlebt haben, durch den sogenannten „Sozialpakt“, durch eine Über-einkunft. Aber hier ist diese zerbrochen, der Staat begann zu verschwinden, und es sind die Werte der Konkurrenz, das heißt, die Werte des Krieges, die eingepflanzt wurden, und alle Welt applaudiert, alle Welt ist besessen von diesen Werten. Daher sehen wir eine totale Trennung zwischen der zivilen Gesellschaft und der Regierung, und wenn es diese Art Trennung gibt, beginnt der Staat zu verschwinden und es bleibt nur noch eine Regierung.

Dann ist unser Schicksal also, daß hier ein grauenhaftes Massensterben beginnt, bedingt durch die Krankheiten, die sich einnisten?

Das Massensterben hat schon begonnen. Hier hatten wir 4000 Opfer durch einen kleinen Hurrikan, während Miami drei oder viermal durch den selben Typ von Hurrikan heimgesucht wird, und die Zahl der Toten dort ist nicht so hoch wie bei uns.

Honduras und Nicaragua verlieren ökonomische und soziale Lebensfähigkeit, es ist so, daß unsere Kultur eine Kultur der Elite ist, der Enklave, und das bewirkt, daß wir das Universum als Universum der Metropolen sehen und nicht das reale. Die

Ökonomen hier zum Beispiel – die ein bißchen ökonomische Kultur haben – erkennen nicht an, daß der private Sektor die Landwirtschaft ist; für sie besteht der private Sektor in den großen Unternehmen, die Fernsehsehdungen organisieren, 100.000 Córdobas oder mehr sammeln und sagen: „Hier ist der private Sektor.“ Das ist eine Farce für die Nichtwissenden und Zynismus für die Wissenden. Die Ökonomen sind entweder Schwindler, Ignoranten oder Zyniker. Der private Sektor ist in Nicaragua schon verschwunden, weil er nicht produziert, sondern nur konsumiert, er ist ein Plünderer.

Noch einmal: Die Botschaft ist, erwarten wir mit verschränkten Händen das Schlimmste?

Das ist eine Möglichkeit. Die andere ist zu beginnen, eine radikal andere Gesellschaft aufzubauen, das heißt, wir müßten Feuer legen an den ökonomischen und sozialen Strukturen dieses Landes, weil sie parasitär, plünderisch und völkermordend sind.

Aber die Leute sehen das nicht so. Ich sehe die Situation negativ, weil das Bewußtsein sehr weit von der Realität entfernt ist. Teil des ersten Auswegs ist, daß die seelische, psychisch-mentale Reaktion des gewöhnlichen Bürgers nicht die ist, Hilfe auf der Erde zu suchen, sondern im Himmel. Hier wurde eine tiefe Religiosität entfesselt, und in den letzten Jahren sahen wir einen unglaublichen Zuwachs an religiösen Sekten. Wir sprechen von 3000 oder mehr, eine gewaltige Zahl.

Die Armut ist extrem und galoppierend. Die Armut hat Religiosität hervorgebracht und die sozialen und politi-

schen Konditionen, um das Niveau des Bewußtseins zu heben, sind jetzt nicht vielversprechend. Wir haben eine sich vollkommen im Ruhestand befindende, aktivitätslose Opposition, eine Opposition, die praktisch nicht existiert, und die einzige soziale Organisation, die halbwegs lebt, sind die NGO's, die, das sei nebenbei bemerkt, von internationalen Institutionen gezahlt werden und nicht von der nicaraguanischen Gesellschaft.

Nicaragua erbittet gerade die Tilgung der Außenschulden. Und ich frage: Ist es moralisch zu rechtfertigen, den Schuldenerlaß zu erbitten, indem man Leichen von Bauern vorzeigt und nachher die Bauern weiterzahlen läßt? Absurd.

Die nationalen Organe, die Ministerien und sogar die Opposition sind verzweifelt bemüht, Leichen über Leichen zu zeigen, um den Schuldennachlaß zu erreichen. Und es ist gut, diesen zu erbitten, aber können die Bauern, diese Leichen, diese Schuld bezahlen, die erlassen wird? Warum hat man nicht den Schuldennachlaß der internen Schulden verkündet? Die Bauern werden ihre Schulden aus der Landwirtschaft den privaten Banken zahlen müssen, das heißt, sie sind bei den Wucherern, bei den Händlern und auch bei den NGO's verschuldet.

Jetzt werden wir dieses kritische Bewußtsein sehen und überprüfen. Mal sehen, ob die Schulden der Bauern bei den NGO's erlassen werden, die, soweit ich weiß, an die 30 Millionen US-\$ gehen. In den letzten Monaten haben wir die NGO's die Bauern enteignen, ihnen ihr Land, ihre Nähmaschinen und Getrei-

demühlen wegnehmen gesehen, weil sie eine Schuldenrate nicht beglichen haben. Wir haben die einzige soziale Organisation, die noch existiert, inhuman handeln gesehen wie irgendeine private Bank.

Theoretisch könnte ich sagen: Der Staat existiert nicht, wir müssen ihn aufbauen, die Regierung ist nicht unsere, sondern die der Transnationalen und internationalen Organe; gehen wir daher zur Selbstregierung über, bringen wir die Mehrzahl der bäuerlichen Produzenten auf den besten Feldern unter, in den fruchtbaren Ebenen von León und Chinandega, wo die Zuckerrohrfelder der Reichen sind, statt daß sie auf den Hügeln und in den Steppen sind, plündernd, weil sie kein Holz zum Kochen haben und kein Geld, um Gas zu kaufen. Und statt daß die Reichen Zucker dreimal so teuer als auf dem Weltmarkt produzieren, sollten die Bauern auf diese Felder ziehen, um weiter Reichtümer zu produzieren. Das ist es, was den Städten zu essen gibt.

Die Maßnahmen der Regierung verbieten den Export von Reis und begünstigen den Import, um die Globalisierung voranzubringen, die Zerstörung der Handelsgrenzen und der nationalen Produktion. Sie werden die letzten Reisbauern zugrunde richten, wie sie es mit anderen Produzenten getan haben. Jetzt bleiben nur mehr die Zuckerbauern, die einzigen, die geschützt bleiben, obwohl sie vom freien Markt sprechen, einem System, das sie zunichte machen wird.

Die Regierung hat den Geschädigten schon die Besetzung von Land verboten. In Matagalpa hat der Bürgermeister verboten, irgend-

eine Art von Land zu besetzen, und hat angekündigt, die Betroffenen in Armenviertel anzusiedeln, dasselbe was Somoza nach dem Erdbeben 1972 machte.

Der Ausweg ist, daß der Bauer als Produzent von Reichtümern die besten Felder auf Kredit bekommt. Wenn die Landwirtschaft der eigentliche private Sektor ist, muß man dort die ökonomischen und sozialen Investitionen tätigen.

Theoretische Auswege existieren, aber wo ist die Stimme der Opposition, wo ist das kritische Bewußtsein in Nicaragua, das diese plant. Was wir die Regierenden und die Opposition sagen hören, was wir in den Zeitungen lesen, ist genau das Gegenteil. Es ist die totale Abschätzigkeit den Bauern gegenüber, sie sehen sie nicht als wahre Produzenten von Reichtum, sie glauben, die Produzenten seien die großen Firmen, und das glaubt die Regierung genauso wie die Sandinisten.

Was ist deine Schlußbotschaft?

Wie der Ökonom und Ex-Präsident der Zentralbank Nicaraguas, Francisco Láinez, neulich sagte, das Herz der nationalen Ökonomie ist getroffen worden, und die einzigen, die es wieder zum Schlagen bringen können, sind die Bauern, es gibt keinen anderen Ausweg. Wenn Nicaragua das versteht, wenn den Leuten in der Stadt, die jetzt die hohen Preise erleiden und den Hunger spüren werden, das bewußt ist und wir uns in diesem Sinn organisieren, gibt es einen Ausweg für Nicaragua. Wenn nicht, werden wir weitermachen mit diesem Regen von Feuer, Hunger, Krankheiten und Ungerechtigkeiten. ■

Illegalisiert leben heißt



Däumchen drehen müssen

**Kein Mensch ist illegal.
Gesetze illegalisieren Menschen.**

**Wer illegalisiert leben muß,
darf aufgrund der Gesetzeslage nicht
arbeiten, bekommt aber keine finanzielle
Unterstützung.**

**Wer trotzdem überleben will, ist
gezwungen, gefährliche und schlecht
bezahlte „Schwarzarbeit“ anzunehmen.
Schwarzarbeit ist ein Abschiebungsgrund.**

**kein
mensch
ist
illegal**

Eine Aktion der



Deserteurs- und Flüchtlingsberatung



und der Grün Alternativen Jugend

Informationen unter Telefon 533 72 71

NATO neutral

Anmerkungen zu Christian Helbocks NOTO Channel

VON MARKUS
KEMMERLING

NOTO Videoverleih
Christian Helbock, Hernalser
Hauptstr. 36/26, 1170 Wien
Telefon: ++43-1-403 81 00,
Email: noto@t0.or.at
WWW: www.t0.or.at/~noto

Vor geraumer Zeit prägte ein Politiker die Formel „Neutral in die NATO“. Diese wurde seitdem vielfach abgewandelt. Etwa so: Als EU-Mitglied solle Österreich sich der NATO zugehörig fühlen, bei Konflikten außerhalb derselben aber neutral bleiben. Was aber, wenn sich die EU außerhalb ihres Territoriums militärisch engagiert, sind doch Einsätze „out of area“ der wesentlichste Unterschied für das österreichische Militär zwischen NATO-Zugehörigkeit und Neutralität? Oder auch: Die Neutralität solle dahingehend neu definiert werden, daß von Fall zu Fall abzuwägen sei, ob sich Österreich neutral verhält oder für eine Konfliktpartei Partei ergreift. Überfällt den Vegetarier der Gusto nach einem Schweinsbraten, hilft ihm die Neudefinition desselben als Gemüsestrudel aus der Misere. Da er sich dabei aber gehörig lächerlich macht, hinkt der Vergleich, denn der politische und mediale Diskurs über die österreichische Militär-, pardon: Sicherheitspolitik wird, wo immer man hinschaut, von Konstruktionen der erwähnten Art bestimmt. Ein Begriff von „Neutralität“, der, sofern nicht als „Mythos“ denunziert, um alles denkbar Konträre und selbst seine eigene Kontradiktion erweitert wird, taugt natürlich nichts. Der Schluß von der Untauglichkeit der definitorischen Deformation auf die Sache selbst ist dann nur mehr der letzte Schritt, um die Sache zu Ende zu

bringen. Ein Begräbnis zweiter Klasse.

Dem gegenüberzustellen wäre eine Auseinandersetzung, die sich, etwa unter Rückblick auf die letzten fünfzig Jahre, zunächst die Frage nach dem realen Bestand der Begriffe „Neutralität“ und „NATO“ zu stellen hätte. Doch die geistigen Doppelsalt sind derart allgegenwärtig, daß mir das Bemühen schon gescheitert erscheint, bevor es noch begonnen wurde. So wird erwähnte Frage umgehend mit dem Hinweis als irrelevant eingestuft, die Neutralität sei ein Erbe des Kalten Krieges und *daher* heute hinfällig, ohne daß dieses *daher* auch nur im Ansatz argumentiert wird.

Wenn ich diese nun schon länger anhaltende Hilflosigkeit hier eingestehe, dann deswegen, um zu verdeutlichen, warum ich Christian Helbocks Unterfangen, sich einfach mit Kamera, Mikrofon und der einfachen Frage „NATO-Beitritt, ja oder nein?“ auf die Straße zu stellen, sogleich als Versuch verstanden habe, diese Situation der Nichtauseinandersetzung hinten herum aufzubrechen – im Sinne einer subversiven politischen Aktionsform.

NOTO Channel unterläuft das Gerede über Neutralität und NATO, wie wir es alle kennen. Wer bereit ist, zuzuhören, mehr noch den ausführlicheren Rohfassungen als den fertig geschnittenen Bändern, die oder der wird bald Bourdieu zustimmen, wie ihn Helbock in seinem Konzept

zu NOTO zitiert (für alle Konzeptzitate siehe: <http://www.t0.or.at/~noto/text.html>):

Wenn man will, daß jemand, der nicht zu den Wortgewaltigen gehört, es schafft, etwas zu sagen (und oft sagt er dann ganz außerordentliche Dinge, Dinge, die diejenigen, die ständig das Wort führen, nicht einmal denken können), muß man ihn beim Sprechen unterstützen;

und hier vor allem dem in der Klammer Gesagten. Außerordentlich sind die Dinge nicht, weil sie so überzeugend sind, dies manchmal auch, außerordentlich sind sie, weil sie direkt sind und die Interessen hinter ihnen noch erkennbar. Was in den kurzen Interviews präsent wird, deckt sich oft so gar nicht mit dem medial Verlautbarten:

- Da wird zB NATO vielfach mit Militär gleichgesetzt: NATO, das sind Soldaten, Neutralität hingegen jede nichtmilitärische Politik. So einfach scheint das. Ist es das vielleicht nicht?
- Mulmig hingegen wird mir bei Stimmen pro Neutralität, die allzu sehr nach Abschottung, nach „mir san mir“ klingen. Vor allem bei älteren NATO-GegnerInnen tritt oft ein national geprägter Antiamerikanismus zum Vorschein, in dem die USA nicht als Befreier, sondern als Besatzungsmacht erinnert werden: „Irgendwann hat ein Staat alles in der Hand. Momentan ist das Amerika.“
- Manche Argumente haben mich schlicht überrascht: Im Burgenland, da, wo österreichische Rekruten ihre Feldstecher und Sturmgewehre auf sogenannte illegale Grenzgänger richten, war NATO

gleich EU, EU gleich Osterweiterung, daher NATO schlecht. Noch schützt unser Heer uns vor den Fremden, aber wenn wir erst mal in der NATO sind ...

Ich könnte diese Aufzählung noch lange fortsetzen. Was mir an dieser Stelle wichtig erscheint, sind nicht die Argumente der Interviewten pro oder contra NATO, sondern, daß sie überhaupt argumentieren, eine Diskussion somit erst ermöglichen. Christian Helbock:

Einen breiten öffentlichen Diskurs, jenen zum Thema NATO, der weit und breit nicht geführt wird, zu führen, jene Abwesenheit anzusprechen, die aus diesem Gespräch bislang Abwesenden zum Sprechen zu bringen, diese ungestellte Frage jetzt zu stellen und die Stellungnahmen jenen vorzustellen, die nicht zur Stelle sind, ist mit Aufgabe dieses Projekts.

In einem Wortspiel setzt Helbock NOTO in Beziehung zu O-TON, FOTON usw. So, wie elektromagnetische Strahlung aus Lichtquanten zusammengesetzt ist, erhofft er sich eine „soziale Strahlung“, zu der sich die von ihm eingeholten Aussagen bündeln. Deswegen sind auch die fertigen NOTO-Bänder (bisläng: Wien, Graz, Salzburg, Langenlois, Linz, Bregenz, Schlaining, Gmunden) zum Selbstkostenpreis zu beziehen:

Für die Sendung des NOTO-Programms ist ein Videorecorder und ein Monitor notwendig sowie ein mehr oder weniger öffentlicher Ort als Übertragungsraum. Gedacht ist z.B. an Büro-, Veranstaltungs- und Versammlungsräume von diversen Gruppen, ebenso an Installationen und Informationstische

im Fußgängerbereich, an Geschäftsauslagen (mit Außenlautsprecher), an Kunstvereine, Galerien, Kultur- und Jugendzentren u.ä.

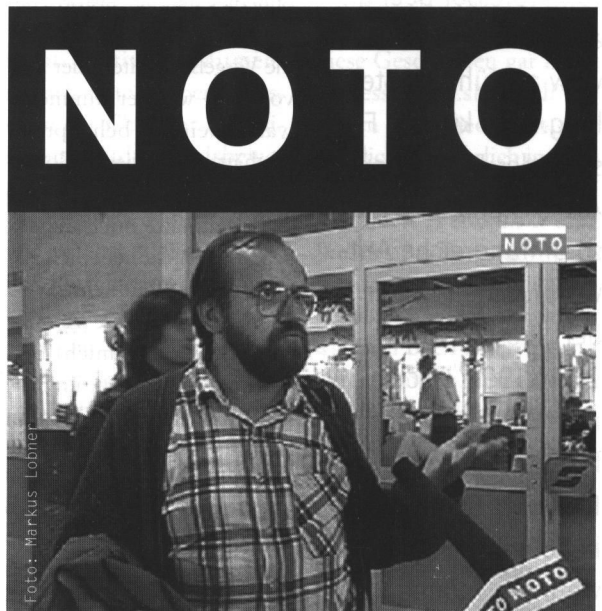
Darüber hinaus ist denkbar, daß Gruppen, Initiativen oder Einzelpersonen selbst auf die Straße gehen und NOTO-Bänder produzieren (siehe Kontaktadresse).

NOTO Channel ist ein work in progress. Wozu die ausgestrahlten Statements sich schlußendlich zusammenfügen werden, ist nicht absehbar. Den NATO-Beitritt Österreichs wird das Projekt nicht verhindern (das ist als Ziel zwar nicht formuliert, aber warum sonst hieße der Sender NOTO?). Wohl eine naive Vorstellung. Politische Bewegungen sind tot. Durch Medien ersetzt, die diese nicht tragen können, sind sie durch diese auch nicht wiederzubeleben. Doch ist es genau dieser Charakter als Medium, welchen NOTO Channel wirksam werden läßt. Als virtueller, von keinem Sendemasten ausgestrahlter Fernsehkanal bringt er, auch hierin wiederum subversiv, eine von eben jenen zugedackte Wirklichkeitsebene zum Vorschein:

Günther Anders: *Wenn die Welt uns anspricht, ohne daß wir sie ansprechen können, sind wir dazu verurteilt, mundtot, also unfrei zu sein (...). Wenn sie uns vernehmbar ist, aber nur das, also nicht behandelbar, sind wir in Lauscher und Voyeurs verwandelt.* In NOTO wird der Versuch unternommen, Mundtote und Voyeure, in diesem medienkritischen Sinn, zu Sprechenden, also Akteuren zu machen. Fernseh-Konsumenten werden durch ihre Meinungsäußerung zu Produzenten von Inhalt.

Seine stärkste Wirkung entfaltete NOTO für mich,

als ich zwei Tage lang selbst in die Rolle des Interviewers geschlüpft bin. In Schlaining, einem kleinen Ort im Burgenland, bekam ich von einem Arbeiter als Antwort: „Wozu brauche ich die NATO? Sag Du mir zuerst, warum ich dafür sein sollte. Ich brauche kein Militär.“ Eine simple Antwort, der ich weder etwas entgegen konnte noch brauchte. So wird vielleicht, wenn NOTO seinen Sendebetrieb wieder eingestellt haben wird, vor allem dies bleiben: die Dokumentation von im Medienstrom verschütteten Stimmen, Stimmen derer, die durch das Medium NOTO für kurze Zeit von Voyeuren zu Akteuren wurden.



Unseren Politikern ist in den letzten 5 Jahren nichts anderes eingefallen als Kürzungen im Sozialbereich. Sie sollen einmal sagen, wie sie die NATO finanzieren wollen. Ich denke, daß es wesentlich wichtigere Aufgaben gäbe als militärisch aufzurüsten. Eher Österreich wieder zurückzubringen als eine Plattform, wo Konfliktparteien herkommen können, wo man vielleicht andere Lösungsansätze findet. Ich denke, das ist etwas Innovatives. Eine Keule, die gibt es schon so lange. Aber Friedenslösungen, da könnten sie zeigen, daß es heute wirklich noch welche gibt, die an vergangene Politiker anschließen. Weil Österreich hat ja einmal weltweit eine Rolle gehabt und ist geachtet und geschätzt worden.

<http://www.t0.or.at/~noto>

Professor Beer's Erzählungen aus der Welt des Dritten Mannes oder

Das Märchen vom bezahlten Agenten Lindley

In einem Brief vom 3.12.1998 an die Zeitschrift Zoom nimmt

FRITZ MOLDEN

sowohl zum in der Ausgabe Zoom 5/98 abgedruckten Artikel von Professor Beer als auch zu dessen Interview ausführlich Stellung. Eine kürzere Fassung des Beer'schen Artikels und eine nicht so umfangreiche Antwort Moldens ist in der „Presse“ vom 28.11.1998 erschienen. Erratum: Anlässlich des Vortrages von Professor Beer bei der in Zoom 5/98 erwähnten Tagung kam es nicht zur kolportierten Kontroverse mit Oliver Rathkolb. Wir bedauern.

Professor Siegfried Beer nennt mich seit neuestem „Lindley“. Ich habe diesen, mir angeblich zugelegten Codenamen „Lindley“ zum ersten Mal in meinem Leben gesunde 53 Jahre nach den von Beer berichteten Agenten-Sagen in einem Artikel des Grazer Historikers gelesen. Aber nachdem mir Beer ohnedies ständig „historische Unwahrheiten“ sowie extreme Vergeßlichkeiten aller Art vorwirft, wird er nunmehr wahrscheinlich behaupten, ich hätte auch diesen Codenamen vergessen.

Ich möchte mich daher, schon um nicht neuerlich als „Opfer des Waldheim-Syndroms“ (eine andere Vermutung Beers über mich) bezeichnet zu werden, im folgenden fast ausschließlich auf Zitate im Druck vorliegender Werke qualifizierter Zeitzeugen beziehungsweise Wissenschaftler beschränken.

Es handelt sich um die folgenden Autoren beziehungsweise Bücher: Hans J. Thalberg: „Von der Kunst, Österreicher zu sein. Erinnerungen und Tagebuchnotizen“, Böhlau 1984, S. 132–141; Joseph P. Persico: „Piercing the Reich“, Viking Press 1979, S. 118–129; Robert S. Greene: „Blum San!“, Jupiter 1998, S. 196–209; Oliver Rathkolb: „Gesellschaft und Politik. Am Beginn der Zweiten Republik“, Böhlau 1985, Report

Martin F. Herz, S. 362–365; Manfred Rauchensteiner: „Der Sonderfall“, Styria 1979, S. 62, 66; sowie unzählige Stellen aus dem Werk „Widerstand in Österreich“ von Radomir Luza, Österreichischer Bundesverlag 1982.

1. Bezahlter Agent

Beer schreibt: „Einige dieser Fallbeispiele vom Typus Kooperation mit alliierten Geheimdiensten, z. B. den amerikanischen, sind längst einer größeren, interessierten Öffentlichkeit bekannt. Zu ihnen zählt ohne jeden Zweifel als einen der wichtigsten Fälle der des Agenten „K-28“, alias Gerhard Wieser, alias ‚Jerry‘ etc.: eben Fritz Molden.“ Und weiter: „In meinen Gesprächen mit ihm hat Fritz Molden immer wieder betont, er habe für seinen Einsatz bei den Amerikanern nie auch nur einen Dollar oder einen Schilling genommen und könne daher rechtens wohl nicht als Agent bezeichnet werden.“ Beer will nun aufgrund von „Honorarnoten“ wissen, ich sei bezahlter Agent gewesen.

Dazu schreibt Hans Thalberg auf Seite 132 seines oben genannten Werkes: „Das amerikanische Office of Strategic Services (OSS) (...) hatte in Europa eine Zentralstelle, deren Aufgabe es war, unter anderem auch mit den europäischen Widerstandsgruppen Kontakt aufzunehmen und

mit ihnen nach Möglichkeit zusammenzuarbeiten. Sitz dieser Stelle war Bern (...). Zum Leiter dieser Dienststelle, die Aufgaben heikelster und delikatester Natur zu lösen hatte, hatte Präsident Roosevelt als seinen persönlichen Vertreter den prominenten New Yorker Anwalt Allen W. Dulles (...) bestimmt.“ Und weiter S. 133: „Für uns Exil-Österreicher in Zürich war das Bureau Dulles jedenfalls von allergrößter Bedeutung. Nachdem wir ‚Gerhard Wieser‘ – alias Fritz Molden – auf Herz und Nieren geprüft hatten, stellte Kurt Grimm die Verbindung zu Dulles her. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich mit dem Bureau Dulles in den nächsten zwei Jahren ergab, war die Grundlage für die Existenz und für die Arbeit österreichischer Widerstandsgruppen. In der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 hatten die Alliierten die Wiederherstellung eines freien, unabhängigen Österreich zu einem ihrer Kriegsziele erklärt. In einem Nachsatz wurde jedoch an die Verantwortung erinnert, die Österreich für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands trägt, und erklärt, daß die zukünftige Behandlung Österreichs von dem Beitrag abhängen werde, den es selbst zu seiner Befreiung leisten werde.“

2. Thalberg:

„Wir bezogen von ihnen keinerlei Geldmittel.“

Auf Seite 134 schreibt Thalberg: „Es war für beide Teile eine außerordentlich befriedigende Zusammenarbeit. Das Verhältnis des Bureau Dulles zu den diversen Widerstandsgruppen war ebenfalls eindeutig und klar geregelt; wir waren keineswegs Angestellte der Amerikaner, wir bezogen von ihnen keinerlei Geldmittel, wir lieferten Lageberichte militärischen, wirtschaftlichen und politischen Charakters und erhielten dafür von den Amerikanern Waffen, Ausrüstung und logistische Unterstützung. Die militärischen Informationen sollten auch dazu dienen, strategisch wichtige Ziele für die Alliierten in Österreich zu lokalisieren und damit eine Bombardierung ziviler Einrichtungen auf österreichischem Boden nach Möglichkeit zu verhindern oder einzuschränken.“ Auf Seite 136 seines Buches schreibt Thalberg weiter: „Trotz der relativ bescheidenen Rolle des österreichischen Widerstandes hat das Kapitel Österreich bei Allen Dulles persönlich Gewicht gehabt. (...) Aber vor allem war es die Persönlichkeit des jungen Fritz Molden, sein Idealismus, seine Offenheit, sein Mut und seine Intelligenz, die Allen Dulles für die österreichische Sache eingenommen hat.“

3. Agent oder Widerstandskämpfer

Beer nennt mich einen und meine Tätigkeit im Kriege die eines „Agenten“, der mit „alliierten, z. B. amerikanischen Geheimdiensten kooperiert“ hat. Dies kann ich leider nur noch einmal als eine absurde und groteske

Verdrehung der Tatsachen bezeichnen. In allen oben erwähnten Quellen wird ausdrücklich meine Tätigkeit als Widerstandskämpfer erwähnt und teilweise beschrieben. Rathkolb qualifiziert in seinem erwähnten Buch die Berufe beziehungsweise Aktivitäten aller von ihm genannten Personen in seinem Namensregister. Dort steht auf S. 429 unter „Molden, Fritz“: „Widerstandskämpfer im Umfeld Karl Grubers“. Ich frage mich, warum nicht „Geheimagent“? Denn genau dieses steht richtig unter „Ripper, Charles, Secret Intelligence Agent, 2677th Regiment OSS“. Als solcher ist dieser heldenhafte, geborene Salzburger auch im Winter 1944 im südsteirischen Bachergebirge mit dem Fallschirm abgesprungen, kurze Zeit danach von der SS geschnappt worden und schließlich nach wilder Flucht doch noch mit dem Leben davongekommen. Ripper war einer meiner engsten Freunde in diesem letzten Jahr des Kampfes. Ein Ehrenmann, US-Captain und eben ein Secret Agent.

Ich aber war ein simpler Widerständler, konnte dafür aber von der US-Army keinerlei Aufträge erhalten, sondern nur von der Führung der O5 in Wien (Alfons Stillfried und Hans Becker) oder aber, adhoc, meine Einsätze mit Hans Thalberg und Kurt Grimm in der „Verbindungsstelle Schweiz des Widerstandes“ besprechen.

Wir, die kleine Gruppe der mit den Alliierten direkt in Kontakt stehenden Widerständler (wie Kurt Grimm, Ernst Lemberger, Anton Lindner, Heinrich Messner, Franz-Joseph Mayer, meine Wenigkeit und vie-

le, mir zum Teil unbekannte oder nicht mehr erinnerliche andere) erhielten keinerlei monatliche oder andere Salärs. Einige dieser Gruppe waren vermögend (etwa Grimm oder Messner), andere erhielten, z. B. in der Schweiz, als Flüchtlinge Beihilfen, wieder andere dienten formal noch in der „Wehrmacht“, erhielten dort ihren Wehrsold, und einige, vor allem ganz Junge wie ich, weil oft noch direkt von der Schule in den Widerstand kommend, wurden recht und schlecht auf Umwegen von zu Hause oder durch Freunde erhalten.

„Ein Partisan braucht außer seiner Waffe nicht viel. Er überlebt dank dem schlechten Gewissen seiner sympathisierenden, aber nicht aktiven Mitmenschen“, sagte mir bei Kriegsende der Chef der italienischen Widerstandsbewegung Norditaliens, General Cadorna, als ich ihn fragte, wie er seine 80.000 Partisanen durchgebracht hätte. Und ganz ähnlich war es auch im österreichischen Widerstand.

Die Wahrheit ist, daß noch aus der Kriegszeit (April 1945) anlässlich der durch meine Gruppe und unter meiner Leitung erfolgten Sicherstellung und Rettung etlicher gefährdeter Personen, darunter auch US-Verbindungsleute, aus dem deutschbesetzten Mailand in die Schweiz, belegte Spesen in der Höhe von (angeblich) 530 Dollar, oder auch 10.000 Lire oder was immer von Professor Beer in Reichsmark umgerechnet wurde, angefallen sind. Der von Beer erwähnte „Horneck“ hieß in Wirklichkeit Josef Frankenstein, war ein 1938 emigrierter Österreicher und Leut-

nant der US-Army. Wir brachten ihn als US-Verbindungsoffizier von der Schweiz über das von Deutschen besetzte Norditalien nach Tirol, wo er ein Partisanen-Trainingslager bei Kematen leitete und schließlich von der SS geschnappt und in ein KZ gebracht wurde. Er überlebte. Die Kosten seines komplizierten Transportes wurden mit den Amerikanern verrechnet. Ebenso war der Fall der „echten Agentin Diana“ (wirklicher Name Nam Brauer de Beaufort), die ich damals auf Bitte des Bureau Dulles von Mailand in die Schweiz brachte. Auch hier verrechnete unsere Züricher Verbindungsstelle den Amerikanern die entstandenen Kosten.

Im übrigen konnte ich diese Geschichten gar nicht vergessen, da sie, auch für Herrn Beer jederzeit zugänglich, ausführlich in meinem eigenen 1976 erschienenen Buch „Fepolinski und Waschlapski“ geschildert wurden. Aber auch Joseph Persico schreibt in seinem erwähnten Buch „Piercing the Reich“ und Robert Greene in seinem erst heuer erschienenen Buch „Blum San!“ ausführlich über diese Episoden. Es scheint mir daher, als könnten die mir von Beer angekreideten historischen Unwahrheiten weniger auf meine eigene verlogene Vergeßlichkeit als auf mangelnde Recherche Professor Beers zurückzuführen sein. Ich kann mich aber nicht bereit erklären, mir mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in dem ich für meine Heimat und deren Freiheit den Schädel hingehalten habe, vorwerfen zu lassen, ich sei ein Lügner und bezahlter Agent. ■

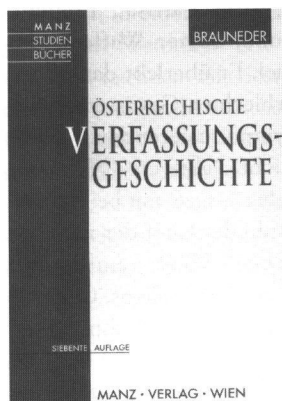


Felix Kreissler. Eine europäische Angelegenheit. Frankreich: Politik-Menschen-Massen-Mythen. edition kappa, München-Salzburg-Rom 1998, 315 S., öS 255,-

Kreissler, Professor an der Universität Rouen, läßt seine Einführung in die aktuelle politische Landschaft Frankreichs mit den Vorbedingungen für den Sieg der französischen Linken 1997 beginnen. Es werden die Schwierigkeiten bei der Bildung der Regierungskoalition geschildert; ebenso der Kampf der Industrie, vor allem der Familie de Wendel und ihrer Repräsentanten, gegen die 35-Stunden-Woche. Weitere wichtige und interessante Kapitel sind jenes über Papon, das die französische Verstrickung in den Holocaust und die daraus resultierenden Gedächtnislücken beleuchtet, und jenes über Le Pen, wo nicht nur die politischen Strategien der Rechtsextremen dargestellt werden, sondern auch deren Versuch, Geschichtsrelativierung und eine Revidierung der moralischen Bewertungen in die Mitte der Gesellschaft zu transportieren. Dazu kommen die gefährlichen Bündnisse der Konservativen mit den Rechtsextremen auf re-

gionaler und lokaler Ebene. Diese Entwicklung droht die Konservativen zu spalten und den Rechtsextremen dadurch in Zukunft eine viel breitere WählerInnenbasis zu verschaffen. Dies wird Auswirkungen auch auf europäischer Ebene haben.

Eine informative und engagierte Betrachtung der Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Regierung Jospin, die auf Grund mangelnder Berichterstattung über Frankreich in Österreich sehr empfehlenswert ist. GL



Wilhelm Brauneder: Österreichische Verfassungsgeschichte. 7. Auflage, Manz Verlag, Wien 1998, 292 S., öS 364,-

Das schon hinreichend besprochene Buch gilt als Standard für die Einführung in die Verfassungsgeschichte. Daher könnte man meinen, es wäre müßig, darüber zu berichten

Aber das Kapitel IX. ab Seite 255 über die in der Überschrift so genannte „Fremdkontrollierte Republik Österreich 1945–1955“ ist es wert, ein wenig behandelt zu werden. So wird die Wiederherstellung Österreichs auf die Initiative der Alliierten zurückgeführt,

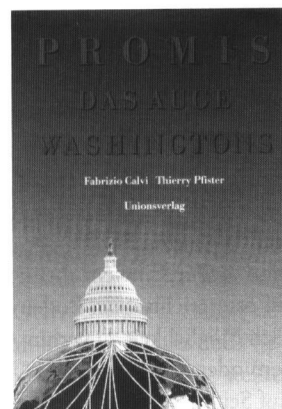
gemäß der Moskauer Erklärung 1943. Der in dieser Erklärung angesprochene notwendige Beitrag von ÖsterreicherInnen zur Wiederherstellung Österreichs, der mehr oder weniger dann von einzelnen oder ganzen Gruppen von WiderstandskämpferInnen geleistet wurde, kommt nicht zur Sprache. Diese kommen nur als „diverse Gruppierungen“ vor, die von den politischen Parteien abgelöst werden.

Das national-liberale Lager wird durch „die Ereignisse“ zwischen 1938 und 1945 bis zum Jahre 1949 als „diskriminiert“ betrachtet. Bei diesen „Ereignisse(n)“ handelt es sich zwar um den Zweiten Weltkrieg und die versuchte Vernichtung aller Juden, aber das gehört nach Auffassung des Autors wohl nicht hierher.

Weiters kann man dem Urteil des Autors über die Errichtung der Provisorischen Staatsregierung nicht ohne weiteres zustimmen, nämlich, daß „der Volkswille durch die politischen Parteien mediatisiert“ nur „erscheint“ (S.257). Das würde ja implizit auch bedeuten können, daß der Volkswille und die Entstehung einer demokratischen Republik durch die Parteien in diesem Punkt nicht eins waren. Diese Interpretation legt der Autor auch nahe, da er im nächsten Satz antifaschistisch ebenso unter Anführungszeichen setzt, wie er das bei der richtigen Zitierung der Kundmachung mit den Worten „dem Sinn und Willen der großen Mehrheit des österreichischen Volkes“ macht. Diese zweimalige Setzung von Anführungszeichen ist nicht Ausweis einer korrekten Zitierweise, sondern im Kontext als eine po-

litische Wertung zu verstehen. Denn schließlich kommt der Autor aus der Nachfolgepartei des von ihm selbst so bezeichneten „diskriminierten“ Lagers, dessen Betrachtungsweise der Zweiten Republik und deren Gesetzgebung genauso eigen waren, wie es die der Nachfolgepartei heute sind.

Ob solche versteckten Relativierungen über die Gründung der Zweiten Republik für StudentInnen der Zweiten Republik zu empfehlen sind? GL



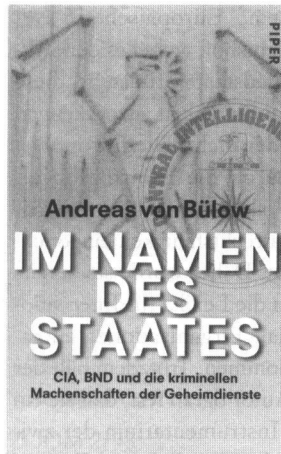
Fabrizio Calvi: Thierry Pfister, Promis. Das Auge Washington. Unionsverlag, Zürich 1998, 309 S., öS 285,-

Das Buch beschreibt den Kampf eines Software-Unternehmers in den USA gegen gewisse Beamte in der Regierungsbürokratie. Dabei geht es um den auch durch das Internet gut dokumentierten „Fall Inslaw“. Hier kommen ein privater Sicherheitskonzern ebenso vor wie diverse Geheimdienstorganisationen der USA, tote Journalisten und die politischen Skandale, die sich von den Geiseln in Teheran 1980 über die Iran-Contra-Affäre 1985 bis zu dem von der Firma Inslaw

entwickelten Computerprogramm spannen. Dieses trägt den Namen Promis, Prosecutor's Management Information System. Der Unternehmer Hamilton, früher angeblich bei National Security Agency, entwickelte sukzessive ein Computerprogramm, das es ermöglichte, verschiedene Datenbanken miteinander zu verknüpfen. Sein Lebensweg begann mit einem Auftrag des Justizministeriums, der „Operation Adler“, bei der die Büros der Staatsanwaltschaft um drei Milliarden US-\$ mit diesem Programm ausgestattet werden sollten. Dazu kam es nicht. Das Programm, so der Autor, wurde mit Hilfe staatlicher Stellen von einer anderen Firma dem Eigentümer abgenommen und dieser in Steuerprozesse verwickelt. Hamilton führte ab nun einen jahrzehntelangen Kampf um die Rechte an seinem Programm, gegen den Bankrott und gegen das Justizministerium. Laut Buch soll das Programm an Geheimdienste weitergegeben worden sein, eben via oben erwähnter Firma eines Reagan-Günstlings, und diese vertrieben es wiederum weltweit. Durch dieses Programm sollen nun vor allem US-amerikanische und israelische Geheimdienste Zugriff auf die Computersysteme jener Länder haben, die dieses Programm gekauft haben und es nun verwenden.

Am Ende bleiben nur große Verwirrung, viele Spuren und einige Tote zurück. Das Buch trägt zu einer Aufhellung oder gar stringenter Erklärung der ganzen Vorgänge leider nur sehr wenig bei. Es darf spekuliert werden.

GL



Andreas von Bülow: Im Namen des Staates. CIA, BND und die kriminellen Machenschaften der Geheimdienste. Piper Verlag, München 1998, 635 S., öS 336,-

Bülow war Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung 1976 bis 1980 und von 1980 bis 1982 Bundesminister für Forschung und Technologie. In dem vorliegenden Buch geht er der Frage nach, wieso der Drogenschmuggel, trotz vollmundig angekündigter Kampagnen gegen diesen, sich fast ungebrems weiterhin ausbreiten kann. Da stößt er, wen wundert's, auf Geheimdienste – ebenso, wenn er den Bereich Geldwäsche, siehe BCCI oder die Nugan Hand Bank (S.196) untersucht – und dadurch auch auf die höhere Staatsraison. Zitat: „Die amerikanische Politik der Reagan-, Bush- und Clinton-Administrationen haben dem Drogengeld letztlich nur pro forma Hindernisse in den Weg gelegt, in Wirklichkeit ist auch dort ‚dereguliert‘ worden, um den Strom des Geldes an den eigenen Bankzentren nicht vorbeigleiten zu lassen.“ (S. 235) Oder: „Auch lassen es sich Geldanlageunternehmen, wie Dow Jones in New

York, nicht nehmen, derart potente Ratgeber nach Ablauf ihrer Amtszeit in den Kreis ihrer Manager aufzunehmen, wie es dem letzten unter erdrückendem Verdacht des Rauschgifthandels wie der Unterschlagung von Ölgeldern stehenden mexikanischen Präsidenten Salinas gelungen ist.“ Bülow geht auch auf innenpolitische Prioritäten der jeweiligen amerikanischen Regierungen ein, wenn er schreibt, daß mit den Exilkubanern das System Batista nach Florida, d. h. vor allem nach Miami, gebracht worden ist. Ihnen sei Drogenschmuggel zugestanden worden, um Operationen gegen das Regime Castro in Kuba zu finanzieren. Und das hat seiner Meinung nach dazu geführt, daß die mittlerweile eingebürgerten Exilkubaner in Florida „eine für die innenpolitische Landschaft der USA wichtige Gruppierung geworden“ sind, „deren Führung aus wahltaktischen Gründen nicht herausgefordert werden darf, die aber auch unbehelligt bleiben muß, weil aus den Gewinnen des Drogen- und Geldwäschegeschäftes Staatsstreich, Anschläge und Guerillaaktionen nicht zuletzt gegen Fidel Castro finanziert werden.“ (S.250) Aber auch der Krieg in Afghanistan hatte eine weltweite Heroinflut zur Folge, die laut Bülow diesen Krieg auch weitgehend finanzierte.

Die zivilen Instanzen müßten demgegenüber zurückstecken, und so floriert das Geschäft und die Kleinkriminalität, gegen die dann umso härter vorgegangen wird. So läuft halt das Spiel, und daher: „In den reichen Industrieländern wie

Deutschland dienen 80 Prozent aller Eigentumsdelikte der Finanzierung des Drogengeschäfts.“ (S.241) Um die Preise zu senken, und damit zugleich die Kleinkriminalität, schlägt Bülow folgerichtig die Legalisierung von Drogenbesitz und -konsum vor.

Die Aufzählungen, wobei die USA als letzte Supermacht nur pars pro toto für die übrigen Staaten gilt, könnten endlos fortgesetzt werden, denn laut Bülow: „Wegen des übergeordneten Interesses an der Nutzung

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.66 (4/98) enthält u.a.:

★
EXPO NO -

denn die Welt sieht anders aus
von Gruppe Tipp Ex

★
Lissabon-Bericht zur Konferenz
Libertärer Kommunalismus
von Wolfgang Haug

★
Kontroverse
Anarchosyndikalisten contra
Libertäre Kommunisten

★
John Pilger: Noam Chomsky - Zum 70.; SF-Redaktion: Diskussion über politische Zentren; Torsten Froese: Totale Kriegsdienstverweigerung; Jan J. Hofmann: Handbuch der Utopie; Johannes Hilmer: Debatte zwischen Proudhon und Marx; Jürgen Münkler: Olga forever; Martin Droschke: Frauen im 3.Reich; Wolfgang Haug: Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht, etc.

★
Nr.65 (3/98) enthält u.a.:

Das Vampir-Projekt
Wissenschaftler auf der Jagd nach
Genen der Urwohnwohner
von Claus Biegert

★
Der Libertäre Kommunalismus
Die Erschaffung des Bürgerwesens
von Janet Biehl

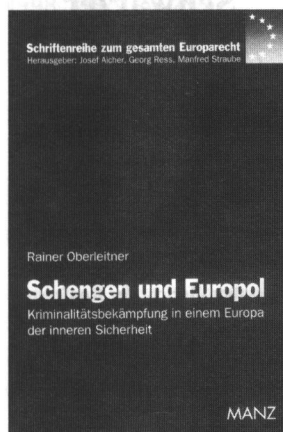
★
Gegenöffentlichkeit heute
Krieg um den richtigen Stallgeruch
von Richard Herding

★
Neu im Trotzdem-Verlag
Hans-Ulrich Grunder: Wir fordern alles -
Weibliche Pädagogik im 19.Jh., 24.-
Paul Lafargue: Recht auf Faulheit, 10.-
Janet Biehl: Libertärer Kommunalismus, 26.-
Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 2 Bde.
Standardwerk über die Bayerische
Räterepublik, 78.-

★ Abonniert!

SF ★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, D-71117 Grafenau
Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273
http://www.txd.de/trotzdem
e-mail: trotzdemSF@t-online.de

des Drogenhandels zur Finanzierung verdeckter Operationen ist nicht nur die amerikanische, sondern auch die europäische und deutsche Drogenbekämpfung im höchsten Maße korrupt.“ (S.485) Eher abschließend die Feststellung: „Das symbiotische Verhältnis zwischen Geheimdiensten und organisierter Kriminalität macht sich für beide bezahlt.“ Eine nichttheoretische Einführung in die politische Ökonomie des politischen und kriminellen Untergrundes.
GL



Rainer Oberleitner: Schengen und Europol. Kriminalitätsbekämpfung in einem Europa der inneren Sicherheit. SREU Band 2, Manz Verlag, Wien 1998, 188 S., öS 572,-

Der Schwerpunkt dieser Abhandlung über die dritte Säule der EU, die von Justiz und Inneres gebildet wird, ist das Thema Europol, dem sich unsere Zeitschrift schon des öfteren gewidmet hat.

Schon auf Seite 12 findet sich Bemerkenswertes zum K.4-Ausschuß, benannt nach dem Artikel K.4, nämlich daß die ihn unterstützenden Lenkungsgruppen die intergouvernementalen Gruppen, insbesondere die TREVI-

Gruppen, ersetzt haben. Genau diese Kontinuität ist immer wieder geleugnet worden, auch bei einer Tagung im Renner-Institut von einem Vertreter Brüssels. Sowohl die Arbeiten als auch die Angehörigen dieser früher geheimen Strukturen sind daher mit dem Aufbau der europäischen Inneren Sicherheitsarchitektur aufs engste verbunden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß innerhalb des TREVI-Verbundes nicht nur Polizeien, sondern auch Geheimdienste zusammengearbeitet haben. Diese Zusammenarbeit entstand auf Grund der politischen Entwicklungen in den Siebzigern, als vor allem linksextreme Terrorgruppen die medialen Schlagzeilen beherrschten. Von daher leitet sich unsere jahrelange Kritik an den Bemühungen der ohne demokratischen Diskussionen vor sich hinarbeitenden Gruppen aus Polizisten, Juristen und Geheimdienstleuten um einen europäischen Sicherheitsstaat ab.

Auch auf Seite 93 wird bestätigt, daß Schengen, TREVI und andere Einrichtungen unter dem Namen „Europol“ vereinigt werden sollen. Der Übergang wird im Kapitel über die geschichtliche Entwicklung von Europol nachgezeichnet, von der TREVI-ad-hoc-Gruppe Europol über den Aufbaustab im Jahre 1992 bis hin zur TREVI-Ministertagung am 29. Juni 1993, bei der der Aufbaustab seine ersten konkreten Aufgaben zugeteilt bekam. Von dem Moment an wurde das Mandat der Europol ständig erweitert, ihr Aufgabenbereich immer weiter ausgedehnt, bis hin zur Europol-Konvention. Deren Auslegung obliegt

dem Europäischen Gerichtshof, wobei es den Mitgliedstaaten freisteht, diese Zuständigkeit anzuerkennen oder nicht. Die Europol ist durch die Konvention als Völkerrechtssubjekt mit Privatrechtsfähigkeit eingerichtet. Daher wurde sie bereits in die Lexika für Internationale Organisationen aufgenommen. Trotzdem hält der Autor daran fest, daß sie ein „Instrumentarium der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der einzelnen Mitgliedstaaten der Union“ (S.120) bleibe.

Arbeitsfelder der Europol sind z.B. die Organisierte Kriminalität und politischer Extremismus und Terrorismus. Eine fixierte Definition dieser Felder gibt es noch nicht. Daher kann man annehmen, daß eine breitestmögliche Interpretation, die allen Staaten zusagt, angestrebt wird.

Die erstaunlichen Freiheiten der Europol bestehen nicht nur in der anvisierten Immunität (d.h. Straffreiheit trotz begangener Straftaten, die sonst nur für verdeckte Ermittler und Geheimdienste gilt), sondern auch in der präventiven Datenspeicherung und in der Analyse sogenannter „weicher Daten“. Europol-Beamte sind dazu ermächtigt, bei begründetem Verdacht tätig zu werden. Nun ist aber der „begründete Verdacht“ nicht näher spezifiziert und obliegt daher der subjectiven Interpretation des Beamten. Dabei hat er sich wiederum an sein nationales Recht zu halten. Somit etabliert sich ein Freispiel für die Europol-Beamten, die sich, je nach Einschätzung, nach nationalem Recht oder EU-Recht verhalten können. Rechtsbrüche sind damit so gut wie ausge-

schlossen. Folgende Bemerkungen zum Datenschutz (S.145) sind es wert ausführlich, zitiert zu werden: „Es wird sehr von der Bereitschaft der einzelnen Mitgliedstaaten wie auch von der Europol abhängen, sich an die datenschutzrechtlichen Vorgaben zu halten, und somit einen gewissen Datenschutzstandard, der zwar nicht jenem der EU-Datenschutzrichtlinie entspricht, aber immerhin eine Anhebung des europäischen Datenschutzniveaus in diesem Bereich darstellt und somit sicherlich nicht als unzureichend zu werten ist, zu gewährleisten.“

Der Autor läßt sich ansonsten eher auf die nationalen Schwierigkeiten auf dem Weg zu europäischen Institutionen und deren formalen Konsequenzen bei den Statuten und bei der Zusammenarbeit ein und formuliert, wenn überhaupt, an den Mängeln und Begrenzungen einer europäischen Effizienz in Sachen Polizei und Justiz Kritik. Einschränkungen der Bürgerrechte werden als mehr oder minder sinnvoll erachtet. Die OK als allmächtiges Schreckgespenst spielt auch bei diesem Buch seine Rolle zur Legitimierung von Zugriffsrechten auf den einzelnen. Den politischen Implikationen von Europol für die Verfassungsfreiheiten wird ausgewichen, eine Behandlung des Feldes politischer Extremismus und Terrorismus kommt nicht vor. Sehr gescheit. Denn sonst wäre die überarbeitete Dissertation wohl kaum in der Schriftenreihe zum gesamten Europarecht erschienen.

Beschwerden beim Salzamt, oder genauer: beim EuGH.



ZOOM 1/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 2/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



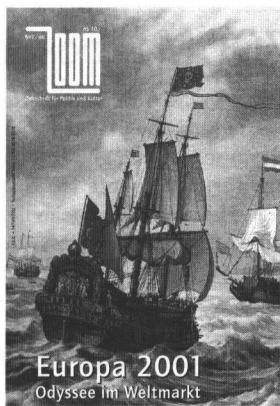
ZOOM 3/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



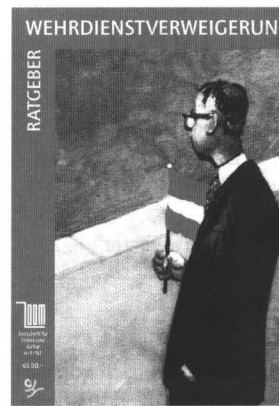
ZOOM 4/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 5/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 6+7/98
70,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 4+5/97
50,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 1+2/97
80,- ATS
zzgl. Versandkosten

Einzelheft-Bestellungen bitte schriftlich (faxlich) an: ZOOM, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Bestellschein

ZOOM-Einzelhefte (siehe oben)

____ Stück ZOOM0000 ZOOM Ausgabe _____
____ Stück ZOOM0000 ZOOM Ausgabe _____

ARGE Wehrdienstverweigerung (siehe umseitiges Angebot)

____ Flaschen WEINVELTLINER Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gebelt
____ Flaschen WEINZWEIGELT Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt
____ Flaschen WEINCHARDON Chardonnay, trocken, fruchtig
____ Flaschen WEINRIESLING Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein
____ Flaschen WEINPINOTNOIR Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein
____ Flaschen WEINBLAUER Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein
____ Flaschen WEINSTEFANIE Cuvée Stefanie, Qualitätssekt
____ Flaschen WEINROSE Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser
____ Flaschen WEINGLÖGER Glögerbrand, Destillat
____ Flaschen WEINPLAIMONT Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée
____ Stück TSHIRTASYL XL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL
____ Stück TSHIRTASYL XXL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL
____ Stück TSHIRTTOTAL S Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, S
____ Stück TSHIRTTOTAL L Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, L
____ Stück TSHIRTTOTAL XL Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, XL
____ Pkg. PRÄSERL Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück
____ Stück ANSTECKER Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“
____ Stück PLAKATTOTAL Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gebelt 55,-/45,-
 Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt 55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ

Ernte für das Leben

Chardonnay, trocken, fruchtig 100,-/90,-
 Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein 95,-/85,-
 Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein 100,-/90,-
 Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein 95,-/85,-
 Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner 200,-/190,-
 Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser 200,-/190,-
 Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung 210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée 90,-/85,-

Materialien ARGE WDV

T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL und XXL 130,-
 Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich
 Totalverweigerin“, Größen S, L und XL 250,-
 Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück 20,-
 Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“ 25,-
 Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“ 25,-

ZOOM Probeabo

Wenn Sie die ZOOM näher kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezugs überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal eingerichtet werden.

ZOOM Abo-Bedingungen

Das ZOOM-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe Angebot auf dieser Seite). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
 Ausland: 350,- ATS
 Übersee: 450,- ATS
 Förderabo: 700,- ATS

Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift ZOOM ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Datum

Unterschrift

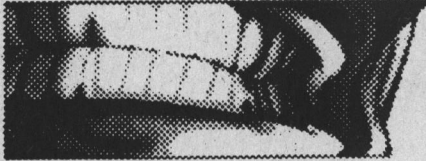
AbsenderIn:

6,50 ATS
 (innerhalb
 Österreichs)

An das
 Bureau No. 2
 ZOOM-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
 A-1010 Wien

ZÄHNE ZUSAMMEN- BEISSEN !!



Lotta DURA

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS
UND MEHR

ABONNIEREN!

Lotta Dura erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 36 Seiten. Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Inhalt der 12. Nummer

**FREISPRUCH FÜR DIE BAJUWAREN
NATION, „VOLK“ UND BESTIALITÄT!
NOVEMBERPOGROM
STRATEGIEN DER „NEUEN RECHTEN“**

Probeexemplar: 20 ATS/ 5 DEM/ 1,808 Euro

4-Nummern-Abo: 100 ATS/ 20 DEM

Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken und zur Sicherheit im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag enthält Begehr, Adresse und Bezahlung und wird mit H. Mader beschriftet und in das zweite Kuvert gesteckt, das mit der Adresse ÖH-Gruwi, Postfach 101, A-1096 Wien beschriftet wird.

http://www.nadir.org/nadir/periodika/lotta_dura

druckerei

resch & vana

Tel 0222/8932358

Fax 0222/89323584

1150 Wien, Lichtg.10

Streifzüge

Die Zeitschrift des „Kritischen Kreises“ –
Kapitalismuskritik als **Wertkritik**.

Kostenlose **Probezusendung** anfordern:

Kritischer Kreis – p.A. Dr. Franz Schandl
Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien

AUF EINE FRAUENZEITSCHRIFT

- Das Schwerpunktheft: 4 x im Jahr feministische Analysen
- Die AUF-Info: 6x im Jahr 200 Frauen-News und Termine

Ich möchte:

- ☐ ein Probeheft
- ☐ ein AUF-Abo (S 210,-)
- ☐ ein AUF-Info-Abo (S 60,-)

Name:

Adresse:

Unterschrift:

An: AUF - Eine Frauenzeitschrift
Postfach 817
A-1011 Wien

Nr. 27 Winter 1998

BAHAMAS

Wir sind alle Individuen

Kosovo: Ethnien im deutschen Völkerrecht
– Walsers Mahnmal-Bashing – Kritik deutscher Mentalitätsgeschichtsschreibung –
Antideutsche Ressentiments und Jean Améry – Mißlungene Kritik am Schwarzbuch – Was Fakt ist, bestimmt die Theorie –
Arbeit, Ehre, Dienst und Zwang u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskauf / Briefmarken)

Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;

BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin

Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

27. März bis 2. April 1999

Wie seit Mitte der 80er Jahre, wird auch 1999 von der Gesellschaft für politische Aufklärung wieder eine Studienfahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau durchgeführt.

Mit dieser Studienfahrt wird einer **Gruppe von 40–50 InteressentInnen** die Möglichkeit der intensiven Auseinandersetzung mit einer der einschneidendsten Kapiteln unserer jüngsten Vergangenheit ermöglicht. Ziel dieser Studienfahrt ist einerseits die **Auseinandersetzung mit Auschwitz** – als Synonym der NS-Verbrechen –, andererseits die **Diskussion von Bezügen zur Gegenwart**. Gerade angesichts europaweit ansteigender Aggression und Gewalt gegen Minderheiten – Oberwart und die Briefbomben ließen dies auch in Österreich verstärkt spüren – ist der Blick auf unsere unmittelbare Vergangenheit notwendig. Es wird damit versucht, aufzuzeigen, **wohin in letzter Konsequenz die Diskriminierung von Menschen, wohin Antisemitismus und Rassenhaß führen konnten.**

27. März	Vorbereitungsseminar
28. März	Vorbereitungsseminar
29. März	Abreise nach Oswiecim/Auschwitz
30. März	Besichtigung von Auschwitz I. Besichtigung von Birkenau (Auschwitz II)
31. März	Besuch im Archiv der Gedenkstätte Besuch der Kunstsammlungen bzw. nationalen Ausstellungen
1. April	Stadtbesichtigung Krakau (Besuch des jüdischen Viertels)
2. April	Rückfahrt

Preis: öS 4.800,–

Weitere Informationen und Anmeldung bei:

Univ. Doz. Dr. Reinhold Gärtner
Gesellschaft für politische Aufklärung
Chrisoph Probst Platz
6020 Innsbruck

Tel.: 0512/507-7057

Fax: 0512/507-2849

e-mail: reinhold.gaertner@uibk.ac.at

